

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Bzw. und siebziger Jahrgang.

**Insertate**  
1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Kellern verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

**Annoncen-Annahme-Bureau der Posener Zeitung** sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Solowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. S. Mrici & Co.), Breitstraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Casstiel; in Grätz bei Herrn Louis Streisand und Herrn P. Kempner; in Bromberg: C. S. Wittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Neumeier, Schloßplatz; S. Jäger'sche Buchhandlung; Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Rassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabaß; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M. G. L. Paube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

## Amtliches.

**Berlin, 11. September.** Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Stabsarzt und Marine-Arzt 1. Klasse Dr. Wenzel und den Baumeistern Urban und Deymann, sämtlich zu Wilhelmshaven, den Nothen Adler-Orden IV. Kl.; dem Booten-Kommandeur v. Krohn daselbst und dem Sekretär der Hafenbaukommission für das Jadegebiet, Retig zu Seppen, den Kronen-Orden IV. Kl.; sowie dem ordentlichen Professor Dr. Grünert in Greifswald den Charakter als Geh. Reg.-Rath und dem ordentlichen Professor Dr. Pernice ebendasselbst den Charakter als Geh. Medizinal-Rath zu verleihen; den bisherigen ordentlichen Professor der Theologie an der Universität zu Gießen, Dr. Dillmann, zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität hier selbst zu ernennen; der Wahl des Rektors Hanow in Schneidemühl zum Direktor des Gymnasiums daselbst die Allerhöchste Bestätigung zu ertheilen; und dem praktischen Arzt Dr. Krafft zu Moritzberg den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der Staatsanwalt Bank zu Friedeberg in der Neumark ist zum Rechts-anwalt bei dem Kreisgericht zu Marienburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder ernannt und der Notar Müller in Dpladen nach Düsseldorf verlegt worden.

Dem Rektor Dr. Berger und dem Oberlehrer Helmes am Gymnasium in Celle ist das Prädikat „Professor“ und dem ordentlichen Lehrer Dr. Steeg an der Realschule zu Erier ist das Prädikat „Oberlehrer“ verliehen worden.

## Deutschland.

**Berlin, 12. Sept.** Wenn von offiziöser Seite das mehrerwähnte, dem Finanzministerium zugeschriebene Projekt, die obligatorische Selbststeinschätzung bei der Einkommensteuer einzuführen, jetzt ein als „Phantasma bezeichnet wird, das von den Bekämpfern der Regierungsvorlage erlassen sei und zwar lediglich erlassen, um auch diese angebliche Vorlagen bekämpfen zu können, so bleibt der unabhängigen Presse sowie ihren Berichterstattern nur übrig, die Richtigkeit dieser Behauptung zu konstatieren. Es ist gar keine Frage und es ist auch in den unterrichtlichsten Kreisen nie bezweifelt worden, daß die Frage der obligatorischen Selbststeinschätzung seit dem Fall der Finanzvorlagen im Reichstag das Ministerium aus Angelegenheiten beschäftigt hat, es wurde schon damals erwägt und, soweit mir erinnerlich, auch regierungsseitig bestätigt, daß Gutachten über diese Frage von den Behörden eingefordert wurden und daß man die ganze Angelegenheit mit ausgesprochener Vorliebe durch eingehende Vorarbeiten zu fördern suchte, bis sie sich zu Anfang dieses Monats spruchreif und zwar, soweit es von diesen Gutachten und Vorarbeiten abhing, im bejahenden Sinne befand. Was hat es nun für einen Zweck dies Alles für ein „Phantasma“ zu erklären und der liberalen Partei oder wem sonst — der Offiziöse der „Schlef. Bzg.“ spricht immer nur von „man“ — den sonderbaren Vorwurf zu machen, sie habe dies Projekt der Regierung „oftroyirt“, um es zu bekämpfen! Bekanntlich hat überhaupt Niemand das Projekt bekämpft, sondern lediglich die „Nat.-Bzg.“ hat, allerdings wohl in Uebereinstimmung mit allen sonstigen liberalen Blättern, behauptet, daß eine finanzielle Reform, die, wie wünschenswerth auch an sich, doch eine Mehrbelastung von beläufig 4—5 Mill. Thlr. in Aussicht stelle, notwendig auch die Quotisirung im Gefolge haben müsse. Sollte über diese Forderung im Finanzministerium ein Zweifel bestanden haben, so kann man es nur der ganz erstaunlichen Unkenntnis zuschreiben, die in den Sphären der höheren Finanzweisheit manchmal über die allereinfachsten tatsächlichen Verhältnisse besteht. Wie es f. Z. das Erstaunen aller Betheiligten erregte, als die Regierung ohne alle Kenntniß der in Parlamentskreisen herrschenden Stimmungen mit Finanzvorschlägen ins Feld rückte, die dann in einer wahrhaft lächerlichen Weise zu Fall kamen, so würde es eine gleiche Unkenntnis gewiegt hätte, die obligatorische Selbststeinschätzung einfach als Deckung des nun bereits wieder auf Höhe von 4—5 Mill. angekündigten Defizits durchsetzen zu können, ohne auch nur der Forderung der Quotisirung zu beugen oder sich einen Sturm mittelst derselben gefallen zu lassen. Für so naiv halten wir Hrn. v. d. Heydt nicht und ebenso wenig für so leicht ins Bockshorn zu jagen, daß schon die bloße Ankündigung einer solchen Forderung ihn veranlassen könnte, auf sein Vorhaben zu verzichten, ehe noch das Abgeordnetenhaus seine Meinung zu erkennen gegeben hat. — Der Schluß der Manöver kündigt sich auch für Berlin durch die zahlreich aus allen Richtungen heimkehrenden Truppentheile, welche die Stadt mit klingendem Spiel durchziehen, an. Die Manöver sind in diesem Jahre überall nicht allein befriedigend, sondern man kann sagen, glänzend ausgefallen. Eine außerordentlich große Anzahl fremdländischer Offiziere wohnte denselben bei, allein von englischen Offizieren werden 40 aufgezählt. Daß man diesem letzteren Umstande, sowie den einigermaßen demonstrativen Schilderungen der englischen militärischen Berichterstatter einige politische Wichtigkeit beilegt, ist nicht zu verkennen. Der Berichterstatter der „Times“ ist derselbe Offizier, der den Feldzug von 1866 im Armee-Korps des Prinzen Friedrich Karl durchmachte und dessen Schilderungen damals Aufsehen erregten. Er war auch diesmal dem Prinzen Friedrich Karl attached und theilte dessen Champagner, nahm aber auch, was englischen Offizieren ziemlich ungewohnt, an dessen bekannten Strohlagernden Theil.

**Berlin, 12. September.** Noch ist der Landtag nicht einberufen und schon regen sich die hier wohnenden Mitglieder der verschiedenen Parteien, um ihre Genossen zu zahlreichem Erscheinen sofort bei Zusammentritt des Landtages zu veranlassen. Man muß sich darauf vorbereiten, den diesmaligen einleitenden Fraktionsberatungen besonderen Werth beizulegen, da in diesen Beschlüsse über die Stellung der einzelnen Parteien zu den Hauptvorlagen zu erwarten sind. So weit sich das von hier aus übersehen läßt, dürfte man auch in den Fraktionen einen einheitlicheren und darum vielleicht abgekürzteren Gang der Plenarberatungen in das Auge fassen. — Während diese Dinge in Abgeordnetentreiben vorgehen, wird unter den hier wohnenden Mitgliedern des Herrenhauses die Präsidentenfrage stark ventilirt. Graf Eberhardt zu Stolberg-Wernigerode ist noch immer unschlüssig, ob er überhaupt kommen soll, darüber wohl aber mit sich einig, daß er die Präsidentenschaft nicht wieder annimmt und in Bezug auf den Nachfolger scheint guter Rath theuer. In den letzten Tagen hat sich u. A. und das ist gewiß nicht uninteressant, die Aufmerksamkeit der Herrenhäuser auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Freiherrn Otto v. Manteuffel gewendet, man befürchtet jedoch Schwierigkeiten zu begegnen, von deren Umfang man sich wohl erst überzeugen möchte, bevor man den Plan wirklich ausführt. Von dem Vizepräsidenten ist der hochbetagte (83 Jahre zählende) Herr v. Franckenberg-Ludwigsdorf wegen seines Alters und Graf Brühl aus anderen Gründen nicht als geeigneter Thronfolger des Herrn Eberhardt-Stolberg erschienen. — Die Humboldtfeier wird übermorgen Berlin, die Geburtsstadt des verewigten Forschers, voraussichtlich einen recht festlichen Tag erleben lassen, zumal derselbe von jedem offiziellen Charakter frei, rein als eine Guldigung der dankbaren Vaterstadt erscheinen wird. Das gestern den Zeitungen zugegangene und heute durch die Morgenblätter veröffentlichte Programm mit der Aufstellung der betheiligten Vereine gemeldet hatten. Auf dem Festplatz hinter der Reichstagsgebäude, der ganze Umfang des künftigen Humboldthains ist mit Flaggen umgeben, die durch Laubgewinde verbunden sind, schon erhebt sich die Rednertribüne, vor welcher eine provisorisch hergestellte Kolossalbüste Humboldts prangen wird. Die Gesänge werden vom Domchor unter Leitung des Herrn v. Herzberg und in Gemeinschaft mit anderen Gesangsvereinen ausgeführt. Ob indessen der Oberbürgermeister Seidel die Festrede halten wird, ist augenblicklich bei seiner angegriffenen Gesundheit noch zweifelhaft.

— Das Manöver in Stargard ist am Sonnabend, den 11. d. beendet worden. Der König hat seine volle Zufriedenheit über den ihm in der Provinz Pommern gewordenen Empfang, sowie über das zweite Armeekorps geäußert und viele Gnadenbeweise ertheilt. Der Kronprinz ist à la suite des Königin-Kürassierregiments, der Prinz Friedrich Wilhelm à la suite des Grenadierregiments Nr. 2 gestellt worden. General v. Hindersin wurde zum Chef der pommerschen Artilleriebrigade ernannt. Nach Beendigung des Manövers reist Se. Majestät nach Königsberg. Graf Bismarck fuhr bis Trampke mit. Sonnabend Nachm. 2 Uhr passirte der König Kreuz und traf Abends um 10 3/4 Uhr in Königsberg ein. Hier wurde derselbe von den Spitzen der Behörden am Bahnhofe empfangen. Die Straßen vom Bahnhofe bis zum Schlosse waren auf das Glänzendste illuminiert. Die zahlreich versammelte Volksmenge begrüßte Se. Maj. mit lebhaftem Jubel. Da die Ankunft Sr. Maj. erst für Sonntag angekündigt war, so wird auch das Eintreffen des russischen Großfürsten, welches für Sonnabend festgesetzt war, erst Sonntag erwartet. General v. Boyen und Oberstleutnant Fürst Radziwill, welche zur Dienstleistung bei demselben kommandirt sind, haben sich zum Empfang nach Eydtkuhnen begeben. — Se. Maj. der König hat dem Kronprinzen den Stern zum Großkomthur des Hohenzollernordens verliehen.

— Die Königin ist am 10. d. Mts. aus der Schweiz, wo sie sich einige Tage in Lugano, unter dem Namen einer Gräfin von Kleve mit zahlreichem Gefolge aufgehalten hatte, in Baden zum Gebrauch der Bäder eingetroffen.

— Ueber den Etat des Kriegs-Ministeriums sagt eine Erklärung in den neuesten „Militärischen Blättern“: „Der Etat des Kriegs- und des Marineministeriums stehen mit dem preussischen Staatshaushaltsetat in gar keinem Zusammenhange. Das Kriegsministerium erhält vom Norddeutschen Bunde für jeden Kopf der etatsmäßigen Friedensstärke von 299,704 Mann eine Pauschsumme von 225 Thlr. auf Grund des Art. 62 der Bundesverfassung, wovon für 1870 an Thlr. für einzelne Bundesstaaten sogar noch 733,635 Thlr. fortfallen, so daß das gesammte Militärbudget pro 1870 überhaupt nur 66,699,765 Thlr. beträgt. Preußen hat zur Aufbringung dieser Summe lediglich seine Militärarbeitsträge zu leisten, welche sich für die Gesamtausgaben des Bundes unter Anrechnung seines Antheils an den Postüberschüssen, auf 21,490,080 Thlr. herausstellen. Eine Mehrforderung über diese Summe hinaus von Seiten des Kriegsministeriums oder ein im Etat des Kriegsministeriums selbst entstandenes Defizit gehört lediglich zu den mäßigen oder tendenziösen Erfindungen gewisser Zeitungen.“ Dasselbe politisch-militärische Blatt berichtet über „Wilhelmshaven“, wo unter Anderem für die Nordsee eine besondere Marinekaserne errichtet werden wird, ohne daß jedoch die Stärke der beiden Flotten-Stammdivisionen zunächst die bisherige übersteigen wird, während die Westdivisionen im Ganzen zunächst um 18 Meistersmaate verstärkt werden sollen. Die Garnison ist auf 1 Bataillon

Infanterie und eine (schon dort befindliche) Artilleriekompagnie berechnet, wovon der Bataillonskommandeur vorläufig zugleich als Kommandant fungiren soll. Von dem Landheere werden nur die nöthigen Ingenieur-Offiziere zum Befestigungsbau dorthin verlegt. Die Befestigung wird sich im Wesentlichen auf die Erbauung der erforderlichen Seeforts beschränken, um die Hafenanlagen gegen jeden Angriff von der Seefront her sicherzustellen. Auf der Landseite dagegen werden die Anlagen nebst der künftigen Stadt nur durch eine einfache Einzelne im Kaponiersystem umschlossen, welche von dem nördlichen Seefort bis zum Bamer Tief reichen und Schutz gegen den Versuch eines Bombardements von der Landseite her gewähren soll. Der gesammte Bau, mit Ausschluß der Befestigungen, war zu 10,900,000 Thlr. veranschlagt, von welchem bis Ende 1868 bereits 9,632,000 Thlr. verausgabt waren. Im künftigen Jahre soll die Hafeneinfahrt freigelegt und der Hafen zur Aufnahme von Schiffen bereit sein, wenn auch noch Manches zu thun bleiben wird, ehe allen an den Sitz der Flottenstation zu machenden Anforderungen in vollem Maße genügt werden kann. Schon jedoch liegt das frühere Ideal der Ostseefläkten und die Konkurrenz mit Danemark als überwundener Standpunkt hinter uns. Wir bauen unsere Seefest auf eigenen Werften mit eigener Kraft und eigener Industrie. Unsere Seefestoffiziere haben in England viel vom Dienst, aber auch von der Armeepreussische Disziplin und preussischen Soldatengeist gelernt, und sie steifen immer mehr die Formen von sich ab, die nur britisch und nicht weiter fernmännlich sind, ein eigenthümlich preussisch-deutsches Seefestoffizierscorps steht immer mehr heran.“

— Mit Bezug auf das Gesetz betreffend die Quartierleistung für bewaffnete Macht im Frieden hat der Minister des Innern bestimmt, daß die Inhaber von Miethwohnungen, da diese nicht zu den von der Natural-Last der Einquartierung in Gemäßheit des § 4 des betreffenden Gesetzes befreiten Räumlichkeiten gehören, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes der Einquartierungslast gleichfalls unterworfen sind, die Bestimmungen aber darüber, in welchem Umfange die Miethier zur Tragung der Last tatsächlich herangezogen werden sollen nach § 7 a. a. D. im Orts-Statut erfolgen sollen.

— Da Zweifel darüber entstanden sind, in welchem Konkurrenzjahre die in der Militärersatz-Instruktion näher bezeichneten Kategorien Militärfähigkeit der ersten Klasse der Ersatzreserve überwiesen werden können, so haben zur Beseitigung solcher Zweifel der Kriegs- und der Minister des Innern entschieden, daß nur solche Militärfähige, welche an einem der in der Instruktion für Militärärzte angegebenen unheilbaren Leiden leiden und in dessen Folge nicht vollkommen dienstbrauchbar sind, ohne Rücksicht darauf, in welchem Konkurrenzjahre sie stehen, vom Militärdienste für gedehnte Friedenszeiten befreit, mithin auch schon im ersten resp. zweiten Konkurrenzjahre der ersten Klasse der Ersatzreserve überwiesen werden dürfen. Alle anderen nach Maßgabe der Instruktion für Militärärzte dritten Konkurrenzjahre vom Militärdienste befreit werden. Die Ersatzreserve und beziehentlich der ersten Klasse derselben überwiesen werden. Militärfähige, welche nach Vorstehendem vorzeitig der ersten Klasse der Ersatzreserve überwiesen werden, falls sie nicht etwa inzwischen das dritte Konkurrenzjahr bereits überschritten haben, die ihnen befähigenden Ersatz-Reserveheine l. abzunehmen und erstere so zu behandeln, als ob sie auf ein Jahr zurückgestellt worden sind. Den Ersatzbehörden ist hierbei billige Rücksichtnahme auf diejenigen Militärfähigen gestattet, die nach Beendigung des in Rede stehenden Scheines und im guten Glauben, ihren militärischen Verpflichtungen für den Frieden nachgekommen zu sein, ihren Aufenthalt außerhalb des Bundesgebietes genommen haben. (Köln. Bz.)

— Ueber die Veranlagung der Offiziere zur Klassensteuer hat der Finanzminister die Regierungen kürzlich aufs Neue mit Anweisung versehen, nachdem der Kriegsminister es bei ihm zur Sprache gebracht, daß bei der Veranlagung von der Steuerbehörde auch in den Fällen, in welchen die Offiziere ihren Burschen in der eigenen Wohnung Quartier gegeben haben, der gesammte Betrag des Services auf das steuerpflichtige Einkommen in Anrechnung gebracht werde. Dieses Verfahren bezeichnet der Finanzminister als nicht sachgemäß, weil reglementsmäßig den Offizieren der volle tarifmäßige Servicebetrag nur dann gewährt wird, wenn sie für das Quartierbedürfnis ihres Burschen selbst sorgen, wogegen bei Quartierbehaftung des letzteren durch dessen Unterbringung in der Kaserne der Offizier eine Kürzung des chancenmäßigen Services um den Betrag des Mannschafts-services erleidet. Es kann also bei der Einschätzung eines Offiziers, dessen Bursche in der Wohnung desselben mit einwohnt, dessen Service der Offizier mithin in dem vollen chancenmäßigen Servicebetrage mitbezieht, nicht dieser letztere voll, sondern nur nach Abzug des Burschen-services berechnet werden, weil der letztgenannte Betrag lediglich eine Entschädigung darstellt, welche dem Offizier für die Behaftung des Quartierbedürfnisses des Burschen gewährt wird, eines Bedürfnisses, welches anderenfalls vom Staate befriedigt werden müßte. Ebenso ist es häufig vorgekommen, daß Offiziere und Militärbeamte für einen rückliegenden Zeitraum nachträglich zur Entrichtung der Klassensteuer herangezogen wurden, weil die Veranlagungs-Behörden sich nicht in der Lage befanden, die Zu- und Abgänge der steuerpflichtigen Militärs, namentlich der in Kasernen wohnenden, mit völliger Sicherheit zu kontrolliren. Zur Abstellung der dadurch entstehenden Unzutrefflichkeiten ist nunmehr bestimmt worden, daß der betreffenden Steuerveranlagungsbehörde von jeder Veränderung, namentlich der Zu- und Abgänge der steuerpflichtigen Offiziere und Militärbeamten, durch den Garnisonsältesten, beziehungsweise die Kommandantur, wo eine solche besteht, rechtzeitig Mittheilung gemacht werde, zu welchem Behufe denselben von den am Orte befindlichen Kommando- und Truppen-Verwaltungen die bezüglichen Notizen zugestellt sind. (Köln. Bz.)

— Im Gebiete der Strafprozeßordnung vom 25. Juni 1867 sind Zweifel darüber entstanden, wem die durch die Mitwirkung der Polizeibehörden bei Feststellung verübter Verbrechen oder Vergehen entstandenen Kosten zur Last fallen. Zur Beseitigung dieser Zweifel hat der Justizminister im Einverständnisse mit den Herren Ministern der Finanzen und des Innern und im Anschlusse an die im Geltungsbereiche der Verordnung vom 4. Januar 1849 bestehenden Vorschriften Folgendes bestimmt:

1) Die Kosten derjenigen Maßnahmen, welche als Theile der Verhandlungen einer gerichtlichen Untersuchung oder Voruntersuchung folgen, von der Polizeibehörde vorgenommen werden, fallen dem Kommunalfonds zur Last. Dagegen sind die Kosten solcher Maßnahmen, welche außerhalb dieser Fälle von der Polizeibehörde getroffen werden, als lediglich im Bereiche der Polizeiverwaltung entstanden anzusehen und von demjenigen zu tragen, welcher zur Zahlung der Kosten der Polizeiverwaltung verpflichtet ist. 2) Demgemäß treffen, wenn eine Verhaftung durch die Polizeibehörde auf Verlangen des Gerichts oder Staatsanwalts erfolgt, die Postkosten, vom Zeitpunkt der Verhaftung an, den Kriminalfonds, und zwar auch dann, wenn das Verlangen nicht besonders an die Polizeibehörde gerichtet, sondern in einem Steckbriefe enthalten ist. In den übrigen Fällen beginnt die Verbindlichkeit des Kriminalfonds zur Uebernahme dieser Kosten erst



dann, wenn die von der Polizeibehörde festgenommenen Personen dem betreffenden Gericht zugeführt und von diesem in Haft genommen sind. 3) In Bezug auf die Verbindlichkeit, Transportkosten zu tragen oder zu erstatten, bewendet es bis auf Weiteres bei den bisher in den einzelnen Landesbestimmungen maßgebenden Bestimmungen.

— Auf den Antrag des Abg. Dr. Löwe (Halbe) wurde bei Gelegenheit der Verabreichung des Etats pro 1869 beschlossen, die k. Staatsregierung aufzufordern, bei Vorlegung des Etats pro 1870 einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Erlass derselben durch die Klassensteuer resp. klassifizierte Einkommensteuer vorzulegen. Die „B. V. Z.“ bemerkt dazu:

Eine Ausführung des treffenden Beschlusses läßt sich jedoch, gutem Vernehmen nach, nicht in Aussicht stellen, wenigstens für jetzt nicht. In den von den Kommunen z. eingezogenen Einnahmen stellt sich der Befreiung der Mahl- und Schlachtsteuer überwiegend eine Opposition entgegen, welche man nicht füglich unbeachtet lassen kann. Die Kommunen wären nur gegen vorherige Sicherstellung eines vollen Ersatzes für den Verlust ihrer Einnahmehälfte mit einer Befreiung der Mahl- und Schlachtsteuer einverstanden, welcher Forderung jedoch nicht entsprochen werden kann, weshalb es eben beim alten bleiben muß. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß man auf die Befreiung der Mahl- und Schlachtsteuer überhaupt zu verzichten habe. Für den Augenblick sind eben nur die allgemeinen Dispositionen für eine Inangriffnahme der Sache ungünstig; wird der Antrag, wie wohl vorausgesehen ist, wiederholt, so wird der moralische Druck derselben schließlich wohl doch nicht ohne Wirkung bleiben können.

B. K. B. In einem Spezialfall hat der Minister des Innern sich dahin entschieden, daß die den Ortschulzen im § 54 Tit. 7 Th. II. Allgem. Landr. auferlegte Verpflichtung, die Steuern auf Verlangen der Gemeinde einzusammeln und gehörigen Ortes abzuliefern, durch die neueren Bestimmungen über die Erhebung der direkten Steuern nicht als aufgehoben anzusehen sind. Aus der den Gemeinden aus den neueren Bestimmungen in Betreff der Erhebung der direkten Steuern obliegenden Verbindlichkeit folge zugleich, daß der Schulze im Falle der Erhebung des Auftrages auf Grund der vorerwähnten landrätlichen Bestimmung zu der betreffenden Gemeinde in das Verhältnis eines Bevollmächtigten tritt, für dessen Handlungen die Gemeinde nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen über Vollmachtsaufträge dem Staate gegenüber einzustehen hat.

— Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Darmstadt vernimmt, hat der hiesige Gesandte in Berlin, Geheim Legationsrath Hofmann, der zugleich in Gemeinschaft mit dem Geheimen Staatsrath Gwald Hesse, Darmstadt im Zollbundesrath und resp. Reichsrath vertritt, mit Rücksicht auf die kolossale auf ihm ruhende Geschäftslast um Entbindung von der letzterwähnten Stelle gebeten. Sein Gesuch ist ihm bewilligt und sind seine desfallsigen Funktionen Herrn Gwald übertragen worden. Die „Volksztg.“ glaubt, daß die Sache anders liegt. Herr Hofmann, der im Reichstag und Zollparlament mehrmals mit dem Grafen Bismarck in Konflikt kam, wird wohl einem sanfteren Druck des Reiches gewichen sein, meint sie. Die Arbeitslast, die Herr Hofmann als Gesandter Hesses in Berlin zu tragen hat, drückt ihn schwerlich zu Schanden.

— Wie die „Voss. Ztg.“ vernimmt, hat der Magistrat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, nunmehr beschlossen, dem in Berlin am 6., 6. und 7. Oktober tagenden deutschen Protestanten-Verein die städtische Turnhalle für seine Verhandlungen zur Verfügung zu stellen, sowie auch eine solche Einrichtung in der Turnhalle zu genehmigen, daß darin der Eröffnung Gottesdienst wird abgehalten werden können. Für die Predigt am ersten Tage war schon früher Hr. Oberhofprediger Dr. Schwarz aus Gotha, für die am zweiten Tage Hr. Prediger Schiffmann aus Stettin in Aussicht genommen und haben beide Herren auf das Entgegenkommendste sich bereit erklärt, auch in der Turnhalle die Predigt zu halten. Es wird in der That ein großes Licht auf unsere kirchlichen Zustände, daß zwei so angesehenen Geistlichen die in der Turnhalle abzuhalten der Gottesdienst der Protestanten zum Grunde des evangelischen Christenthums zur Aufgabe macht, in der Turnhalle Unterkunft suchen muß. Um so mehr ist aber auch die Erwartung berechtigt, daß die evangelische Bevölkerung Berlins durch thätigste Unterstützung und lebhafte Theilnahme an dem Protestanten-Tage den aus allen Theilen Deutschlands eintreffenden Gästen und Abgeordneten der einzelnen Zweigvereine des deutschen Protestantenvereins deutlich und unzweifelhaft zeigen werde, daß die Gesinnungen und Tendenzen des herrschenden Systems von der Berliner Bevölkerung nicht getheilt werden. Lausheit und Gleichgültigkeit gegen den auf solche Weise von den Kirchenbehörden geachteten Protestanten-Tage würde geübt und benutzt werden als ein Zeichen, daß die Berliner Bevölkerung gewonnen sei, sich das gegenwärtig in Kirche und Schule herrschende System gefallen zu lassen.

— Seit einigen Tagen befinden sich zwei höhere spanische Beamte in Berlin, um unsere Militär-Intendantur-Verwaltung näher kennen zu lernen.

— Die heutige zweite Volksversammlung in Sachen der Klosterfrage war etwa 2000 Köpfe stark. Die katholischen Vereine waren sehr zahlreich vertreten. Der Charakter der Versammlung war so tumultuarisch, daß sie resultatlos nach halbstündiger Dauer geschlossen werden mußte und daß es in und vor dem Lokale zu Handgreiflichkeiten kam.

— Ein auffälliger Verlust, eine Verpönmung der Gemeinden durch die Geistlichen herbeizuführen, zeigt sich, bemerkt die „Voss. Ztg.“, in einer so eben erschienenen Verfügung des Konfistoriums der Provinz Brandenburg vom 23. Juli, in welchem dasselbe, im Verein mit den Regierungen zu Frankfurt a. d. O. und Potsdam, „um Anstoß erregende Denkmalschriften auf kirchlichen Begräbnisplätzen zu verhüten“, den Geistlichen empfiehlt, entweder in öffentlichen etwa periodisch zu wiederholenden Publikationen allgemein oder durch persönliche Aufforderung in einzelnen Fällen die Hinterbliebenen der Verstorbenen zu veranlassen, Grabdenkmalschriften vor der Anfertigung des betreffenden Denkmals zunächst dem zuständigen Pfarramt zur Genehmigung vorzulegen, welches seinerseits, sobald sich bei einer Inschrift Bedenken erheben, die Mitglieder des Gemeindefirchens jedes mal zuziehen wird.“ Eine Eingebildung, auf welche sich dieser Verlust, eine Art kirchlicher Zensur einzuführen, etwa gründen könnte, ist nicht angegeben; es ist nur von „der nach den bestehenden Rechtsverhältnissen unzweifelhaften Befugnis und Verpflichtung dazu“ die Rede.

— In einer Jagdverpachtung-Angelegenheit hatte die betreffende Spezialregierung auf Antrag des Bürgermeisters einen Magistratsbeschluss, die Jagd auf der betreffenden städtischen Feldmark durch einen für Rechnung der betreffenden Grundbesitzer anzustellenden Jäger beschießen zu lassen, aufgehoben. Der Oberpräsident hatte jedoch den Beschluss des Magistrats wiederhergestellt, weil derselbe annehmbar, daß die Ausübung des nach § 57, Min. 2 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 dem Bürgermeister zustehenden Beaufsichtigungsbereiches in dem vorliegenden Falle, wo die Beaufsichtigung wegen vermeintlicher Verletzung des Gemeindefirchens erfolgt und von der kgl. Regierung aufrechterhalten worden ist, nicht zutreffend sei, weil die Beschlüsse über Jagdangelegenheiten dieser Art nicht sowohl das Korporativ-Interesse der Kommune, als vielmehr das gemeinschaftliche Interesse der Jagdbezirksangehörigen das maßgebende sei, die etwaige Verletzung der letzteren aber zu den vom Gesetze anerkannten Beaufsichtigungsbereichen nicht gehöre. Auf eine Beschwerde der betreffenden Stadtverordnetenversammlung an den Minister des Innern ist dieser der Ansicht des betreffenden Oberpräsidenten beigetreten.

— Fünfundzwanzig Gelehrte und Künstler Norddeutschlands haben durch den Norddeutschen Konsul vom Vizekönig von Egypten Einladung erhalten, der bevorstehenden Feier der Einweihung des Suezkanals beizuwohnen. Es befinden sich darunter aus Berlin die Professoren Dove, Mommsen, Drake und Richter. Sie begeben sich nach Paris, um von dort mit den andern Gästen auf Kosten des Vizekönigs die Reise nach Egypten anzutreten. Dr. Petermann in Gotha ist ebenfalls dazu eingeladen.

— Nach der „Ess. Ztg.“ hat der Landrath Dönhoff in Wesel aus dienstlichen Rücksichten sein Mandat als Landtagsabgeordneter des Kreises Rees niedergelegt.

— Zur Aufstellung eines Systems für die Neugestaltung der Volks-erziehung nach Friedrich Fröbels Ideen ist von dem allgemeinen Lehrertag eine Kommission niedergesetzt worden. Der geschäftsleitende Ausschuss derselben macht bekannt, daß die Kommission auf dem vom 26. September bis 2. Oktober in Frankfurt a. M. abzuhaltenden Philosophen-Kongress vertreten sein wird, und dabei zur Theilnahme an demselben ein. Es wird hinzugefügt, daß eine Denkschrift über die Reform der Volkserziehung an die Regierungen und Schulbehörden Deutschlands versandt werden soll.

— In einem Artikel der Wochenschrift der bayerischen Fortschrittspartei kommt dieselbe auf die diplomatische Vertretung Bayerns im Auslande zu sprechen. Anknüpfend an die augenblickliche Bafanz in Betreff des Gesandtschaftspostens in Dresden, dessen Wiederbesetzung durch einen entschiedenen Anhänger der Regierungspolitik das Organ der Fortschrittspartei aufs Nachdrücklichste befürwortet, bemerkt dasselbe:

Die bisherige Haltung des sächsischen Ministeriums hat gezeigt, daß böse Drogenblätter bei ihm ihr Handwerk vergebens treiben, aber es ist ein reiner Zufall, daß dem so ist. Antipreußische und franzosenfreundliche Stimmungen giebt es genug in Dresden, und es macht etwas aus, ob solche unpatriotische Kreise sich damit brüsten können, daß deutsche Gesandte ihren Standpunkt vollständig theilen oder nicht. Nicht bloß wird bei einem solchen Verhältnisse der bayerische Einfluß zu Gunsten der nationalen Politik lahm gelegt, sondern es wird aus dem wirklichen und vermeintlichen Wohlwollen des Gesandten für die entgegengesetzte Richtung ein Rückschlag auf den Mangel an erstem Willen und wirklichen Einfluß des bayerischen Ministeriums selbst gemacht. Ebenso wie die Beibehaltung so mancher Werkzeuge der alten Reaktion in der inneren Staatsverwaltung das Ansehen und den Glauben an die Macht und Willensenergie eines liberalen Ministeriums schädigt, läßt das Fortwirtschreiten mit dem alten diplomatischen Eisen den Glauben an eine gewisse Unsicherheit und Schwäche des Ministeriums aufkommen, den sich die Gegner desselben mit Geschick und Eifer zu Nuge machen.

Kassel, 9. September. Gestern tagten wieder 36 Anhänger Wilmar's in Anglegenheiten der Synode in Guntershausen, diesmal fast ausschließlich Laien; nur sehr wenige Geistliche waren mit anwesend. Unter diesen war aber der Name Wilmar dreifach vertreten. Außer dem Präsidenten des früheren Hessenvereins, Staatsrath Schaffer, sah man auch viele Mitglieder dieses Vereins in der Versammlung. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, was gerüchtweise verlautet: Herr von Mühlher soll an den hiesigen Herrn Superintendenten einen Erlaß zur Weiterverbreitung gerichtet haben, in welchem ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß man mit der Verordnung vom 9. August nicht im mindesten einen Zwang auf das Bekenntniß üben wolle, und daß das Agitiren gegen diese Verordnung unnütz, weil gegen den ausdrücklichen Willen des Königs gerichtet sei. Eben so hat, so hört man, das Konfistorium zu Marburg eine Aufforderung erlassen, diejenigen Geistlichen, welche in ihrer Halsstarrigkeit gegen die Verordnung beharren, namhaft zu machen, damit man höheren Ortes nöthigenfalls sich nach Substituten für die Herren umthun könne. Ganz vor Kurzem ist bekanntlich einem der eifrigsten Anhänger Wilmar's, dem ersten Prediger von Felsberg, Herrn Hoffmann, das Metropolitanat, welches derselbe bisher inne hatte, entzogen worden. (H. M. Z.)

Dresden, 11. Sept. Nachdem das Manöver des sächsischen Bundesarmee-Korps heute beendet ist, begiebt sich der Kronprinz von Sachsen am Mittags nach Königsberg, um auf Einladung des Königs von Preußen den dortigen Manövern beizuwohnen.

Leipzig, 11. Sept. Der in Dresden tagende sächsische Gemeindefirch hat mehrere Beschlüsse wegen Revision der Gemeindeordnung im liberalen Sinne gefaßt; der Antrag Biebermanns auf Vorlegung einer freisinnigen Bezirksfassung beim Landtage wurde einstimmig angenommen.

Güstrow, 10. Sept. In Folge eines vom Staatsministerium erlassenen Restripts, worin die Regierung von Johannis an die volle Schlacht- und Mahl-, sowie Handelsklassensteuer fordert, ist hier ein außerordentlicher landesfürstlicher Konvent zusammengetreten. Nach längerer Debatte wurde heute auf demselben folgender Beschluss gefaßt: „Die Repräsentation spricht sich gegen das Restript aus und erklärt, den von der Landschaft auf dem letzten Landtage eingenommenen Rechtsstandpunkt zu wahren.“

Bremen, 9. Sept. Es ist einige Male vorgekommen, daß Auswanderungs-Expedienten sich in Zeiten besonders starken Andrangs, wenn es ihnen schwer fiel, alle von ihren binnenländischen Agenten angenommenen Passagiere auf einmal zu placiren, sich hinter die Klausel in dem Vertragsformulare geflüchtet haben: „wenn Schiffsplätze frei sind.“ Der Senat wünschte diesem Verfahren einen Riegel vorgeschoben zu sehen, und beantragte daher bei der Bürgerschaft, durch einen Zusatz zu den örtlichen Auswanderungsgeetzen derartige Klauseln für null und nichtig zu erklären. Die Bürgerschaft ist diesem Antrag gestern Abend ohne Verhandlung beigetreten.

Hamburg, 8. September. Der erste Strike der Lauensteinschen Fabrikarbeiter hat leider zu höchst bedauerlichen Ereignissen geführt. Da ein beträchtlicher Theil jener Arbeiter nicht so viel Arbeit und Verdienst zu erlangen vermochte, als er aufgegeben, so glückte es einigen Handelsfahrern, dieselben aufzureizen, besonders gegen den technischen Direktor jener Wagenfabrik, welcher gesagt haben soll, daß die Arbeiter keinen Spieß auf dem Brot brauchten. Nachdem sie vorgestern Abend sich in der Neustadt in Masse versammelt, zogen sie, wie schon mehrfach, aber stets ohne schlimme Folgen geschehen, in hellen Haufen davon, wie man glaubte, zu einer beratenden Versammlung ihrer Interessen. Allein dies Mal hatte ihr Marsch ein ganz anderes Ziel. Sie begaben sich zunächst vor die alte Fabrik in Hammerbrook und verlangten dort nach Direktor Kirchweg, den sie darin beschäftigt meinten. Als sie jedoch erfuhren, daß derselbe bereits nach Rothenburgsort, wo er in der neuen erst kürzlich errichteten Fabrik seine Amtswohnung hat, zurückgekehrt sei, gingen sie im Verdruss darüber an, sich gegen die hier arbeitenden Wagenbauer thätlich zu vergehen. Sie schlugen und prügeln, was ihnen in den Weg kam und zwar in so mörderlicher Weise, daß es ziemlich viel erhebliche Verwundungen gab und mehr als ein halbes Duzend der Mißhandelten in das allgemeine Krankenhaus gebracht werden mußten. Daß sie in der Fabrik selbst eine Waffe beschafften und Verwundungen anrichteten, versteht sich von selbst. Damit nicht zufrieden, warfen sie sich auch auf ein der Fabrik gegenüberliegendes Wirthshaus, wo viele der jetzigen Lauensteinschen Arbeiter logirten, und demolirten dasselbe in der allerbrutalsten Weise. Auch dies indeß genügte der Bande noch nicht und dieselbe zog nun auch nach Rothenburgsort hinaus, wo sie in die Wohnung des technischen Direktors eindrang, indem sie erklärte, daß sie ihm einen ordentlichen Denksatz geben wollten. Direktor Kirchweg, der von dem Ueberfall keine Ahnung hatte, wurde vollständig davon überreicht und hatte nicht Zeit, auch nur die mindeste Vorkehrung für so unerwarteten Besuch zu treffen. Da ihm bereits früher Drohungen aller Art zugekommen, so hatte er sich seit einiger Zeit mit einem Revolver versehen, und verschickte, als man plötzlich von allen Seiten auf ihn eindrang, jeden niederzuschleichen, der sich an ihm vergreifen würde. Da sich trotz dessen einer der Revolver auf ihn warf, schoß er denselben in den Unterleib. Bei dem hierauf entstehenden Tumulte gelang es dem Ueberrumpelten zu entkommen und das Weite zu suchen. Wie es heißt, schwamm er durch die Wille, um

von Rothenburgsort her sich Succurs für seine Familie zu holen, die sich inzwischen im Hause verdrückt. Ein Theil im Publikum erzählt, daß auch Frau und Töchter des Direktors Mißhandlungen erfahren; ein anderer Theil behauptet, daß das keineswegs geschehen, vielmehr den Geängstigten unbehelligt freier Abzug gestattet worden sei, wie man nun auch hier sich einer vandalischen Verfolgungswuth hingab. Da die Polizeimannschaft in diesem Augenblicke bei dem ungeheuren Fremdenandrang zu den Ausstellungen (man spricht von 50.000) vielfach in Anspruch genommen ist, so wurde es nur ziemlich spät möglich, die nöthige Anzahl derselben zusammenzubringen, um gegen die Aufwiegler einschreiten zu können. Man hat nun jedenfalls einen beträchtlichen Theil derselben verhaftet und wahrscheinlich dürfte diese Affaire die erste sein, die hier vor die soeben eingeführten Schwurgerichte gelangen wird.

Konstanz, 8. Sept. Seit der Exkommunikation des Bürgermeisters Strohmeier durch die erzbischöfliche Kurie weigerten sich die hiesigen katholischen Geistlichen, denselben als Mitglied des Stiftungsrathes anzuerkennen und zu den Sitzungen beizuziehen. Die Regierung ist nun, wie aus folgendem Bericht der „Konst. Ztg.“ hervorgeht, energisch eingeschritten. Dieses Blatt schreibt:

„Wie wir vernehmen, ist die hiesige Stiftungs-Angelegenheit durch ein entschiedenes Vorgehen der Regierung endlich im Sinne der staatlichen Autorität und des Gesetzes entschieden. Unter dem 1. d. M. hat das großherzogliche Ministerium des Innern das großherzogliche Bezirksamt beauftragt: „um einem absoluten Stillstehen der Geschäfte der Stiftungs-Verwaltung, wodurch nicht allein das Stiftungs-Vermögen, sondern auch Rechte Dritter Schaden erleiden könnten, vorzubeugen und den gesegneten Zustand auf fraglichem Gebiet zu sichern, bez. wieder herzustellen“, die Vorstände der Stiftungs-Kommissionen zu einer alsbaldigen Anberaumung einer Sitzung der Kollegien aufzufordern, wozu sämmtliche Mitglieder, einschließlich Bürgermeister Strohmeier nach § 13 der Dienst-Instruktion einzuladen seien. Das großherzogl. Bezirksamt hat unter dem 4. entsprechenden Aufforderung an die drei Pfarren erlassen, unter der Androhung, daß, wenn der ordnungsmäßige Zustand nicht sofort wieder hergestellt werde, die Regierung ihrerseits die erforderlichen Maßregeln zu diesem Zweck ergreifen würde. Da die verlangte Sitzung bis zum 7. d. M. nicht anberaumt war, hat nunmehr in Folge Ermächtigung des großherzogl. Ministeriums der Amts-Vorstand als landesherrlicher Kommissar den provisorischen Vorsitz der katholischen drei Stiftungs-Kommissionen übernommen und wird dieselben mit allen Rechten und Befugnissen des Vorstehenden so lange führen, bis die derzeitigen Vorstände dem Gesetze nachkommen zu wollen erklären. Die Stiftungsgeistlichen der drei Pfarren wurden noch gestern Abend in den Pfarrhöfen erhoben und im Amtsbaus niedergelegt; eine Sitzung unter Zugiehung des Bürgermeisters Strohmeier, wozu die bisherigen geistlichen Vorstände Einladung erhalten, ist anberaumt; das großh. Postamt ist angewiesen, die Einläufe der Stiftungs-Kommissionen an das Bezirksamt abzuliefern, die Redner und Stiftungsaktuelle sind von der Konstituierung des neuen Vorstehers durch den landesherrlichen Kommissar benachrichtigt und haben sich künftighin des direkten Verkehrs mit den geistlichen Vorständen bei Vermüdung eigener Haftbarkeit zu enthalten.“

Stuttgart, 11. Sept. Der „Staatsanz. für Würt.“ dementirt die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht über angebliche Verhandlungen wegen Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund und über eine Militärkonvention mit Preußen.

## O e s t e r r e i c h .

Wien, 11. Sept. Fürst Karl von Rumänien, welcher gestern hier eintraf, wurde heute vom Kaiser empfangen und zugleich mit dem preussischen Gesandten, Baron Werther, wie dem italienischen Marschese Popoli zur Hofstafel eingeladen. Vermuthlich wird er bereits Montags seine Reise nach Berlin fortsetzen. Nach der „Frankf. Ztg.“ wird der junge Fürst sich von Paris aus, wo er in der zweiten Hälfte d. M. erwartet wird auch nach den Höfen von Brüssel, Haag und Kopenhagen begeben. Wie dasselbe Blatt gerüchtweise vernimmt, hängt die Reise nach Dänemark mit einem Projekt, betreffend die Verbindung des Fürsten mit der dänischen Prinzessin Thyra zusammen.

— Die Landtage von Steyermark, Kärnten und der Bukowina sind vorgestern in üblicher Weise eröffnet worden und haben sogleich eine Anzahl der erwarteten Regierungsvorlagen vorgefunden. Außerdem ist aber auch, wie die „N. Fr. Pr.“ bemerkt, vorherzusehen, daß in der Mehrzahl der Landtage die Klosterfrage zur Sprache kommen wird, wie es auch in Landtag unterlassen wird, sich über die Einführung der direkten Wahlen zum Landtage auszusprechen. — Der Bischof von Brünn beneidet sichtlich seinen Einzel-Kollegen um den Ruhm des heftigsten Widersachers der österreichischen Reformgesetzgebung. In seiner neuesten Diözesankurde unterzieht er, wohl angeregt durch den praktischen Fall, daß ein Geistlicher in seiner Diözese sich der wider ihn verordneten Einschließung in die geistliche Detentionsanstalt zu Wischau nicht fügen wollte, die Ministerial-Verordnungen, durch welche die Disziplinargewalt der Bischöfe Ordensobern eine Einschränkung erfährt, einer Kritik, der man den Verdruss über diese staatlichen Maßnahmen wohl anmerkt.

— Die Prager „Bohemia“ enthält aus Horowitz, 8. Sept., folgendes Dementi:

„Der Kurfürst von Hessen ist, wie uns soeben aus bester Quelle mitgetheilt wird, an keinerlei Bank- oder Aktien-Unternehmungen weder direkt noch indirekt theilhaft. Alle desfallsigen Mittheilungen, wie sie namentlich neuerdings hinsichtlich der Wiener Zentralbank wieder von Berliner Blättern ausgeprengt werden, gehören in das Reich lägenhafter Erfindungen.“

Wir wollen nun erwarten, bemerkt hierzu die „B. u. H. Z.“ ob die „Bohemia“ oder ihr Gewährsmann in Horowitz auch zu negiren im Stande ist, daß der Fürst von Hanau und der Professor Pernice als Mitglieder des Verwaltungsraths der Zentralbank im Handelsregister des wieners Handelsgerichts eingetragen stehn. Wenn diese urkundliche Thatfache zugegeben werden muß, so wird auch wohl nicht geleugnet werden, daß der Kurfürst von Hessen an der Zentralbank theilhaft ist, denn der Sohn des Kurfürsten, hat notorisch kein Vermögen und Herr Professor Pernice noch weniger als kein. — In den höheren Regierungskreisen Ungarns stehn in nächster Zeit einige Veränderungen bevor. Die „M. M. Z.“ schreibt darüber:

„Minister Freiherr v. Wendheim ist so leidend, daß er sein Portefeuille kaum weiter wird behalten können, und man spricht von dem Grafen Emanuel Bach, der jetzt die Stelle eines königlichen Kommissars für Siebenbürgen verwalte, als seinem eventuellen Nachfolger. Graf Bach ist ein energischer, kenntnißreicher Mann, und gilt als guter Administrator. Die Last des Landesvertheidigungs-Ministeriums will Graf Andrássy nunmehr, wo nach Errichtung der Honvedarmee die Agenda derselben sich häufen, anderen Kräften anvertrauen, und das Gerücht erwähnt des Freiherrn Josef Becsey, eines ehemaligen Marine-Offiziers, als Kandidaten für diesen Ministerposten.“

## S c h w e i z .

In Basel wurde am 7. September der 4. Kongress der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ eröffnet. Nach der „Fr. Z.“ bringen wir folgendes darüber:

Zung (London) wird vom Vorsitzenden erwähnt, Brühin (Basel) und Brismo (Brüssel) zu Vizepräsidenten. Es wird beschlossen, Sekretäre für jede Sprache zu wählen. Gewählt werden Moriz Hef, Spier, Liebknecht,



(deutsch), Barlin (Paris), Aubry (Rouen), Robert (La Chaux-de-Fonds) (französisch), Sinitigne und Gaspar (spanisch), Eccarius (englisch). — Anwesend sind 61 Delegierte, von denen folgende zu nennen: Hins, Professor, Mitglied des belgischen Generalraths (Brüssel), Becker (Genf), Eucart, Stuhlmaacher (London), De Paep (Charleroi), Mittinghausen (Köln), Bruchin (Basel), Gossel Stepany (London), Neumeyer (Wiener Neustadt), Essner, Applegart und Eccarius (alle drei von London), Dr. Zanaich, Dozent der Nationalökonomie (Sektion Magdeburg), Spier (Wolfsenbüttel), Oberwinder (Wien), Liebnicht (Leipzig), Bafunin (Genf), Moris Hef (Paris), Lalain (Paris). — Der Kongress beschließt, über die verschiedenen zu behandelnden Fragen Spezialkommissionen zu ernennen, und zwar womöglich jede aus Mitgliedern der verschiedenen Nationalitäten zusammenzusetzen. Die belgischen Mitglieder schlagen vor, die Delegierten selber bestimmen zu lassen, welchen Kommissionen sie beitreten wollen. Dies wird angenommen. Auf der vom Generalrath in London festgestellten Tagesordnung stehen folgende Fragen: 1) Die Frage des Grundeigentums. 2) Das Erbrecht. 3) In welchem Maß kann der Kredit unmittelbar von der arbeitenden Klasse ausgenutzt werden? 4) Die Frage der allgemeinen Erziehung. 5) Der Einfluß der Trades' Unions (Gewerkschaften) auf die Emanzipation der arbeitenden Klasse. — Soega ist dafür, daß auch, wie die Sektion Zürich beantragt habe, die direkte Gesetzgebung durch das Volk einer Kommission unterbreitet werde. Robin dagegen, diese Frage sei von den Arbeitern noch nicht geeignet studiert und habe jedenfalls den andern Fragen nachzusehen. Colling (Basel) meint, die Frage der direkten Gesetzgebung gehe eigentlich nur die Mittelklasse an. Bruchin gegen Colling. Die Frage sei eine Frage des Volks und nicht der Bourgeoisie. Bafunin meint, daß der Kongress sich nur mit ökonomischen, nicht mit politischen Fragen zu beschäftigen habe. Soziale Revolution sei die Lösung. Mittinghausen weist auf die Wichtigkeit der direkten Gesetzgebung für die Arbeiter hin. Hins unterstützt Bafunin. Liebnicht bekämpft diesen Standpunkt. Eine solche Trennung der politischen und sozialen Fragen sei gegen das Programm der internationalen Arbeiterassoziation und ganz im Interesse der absoluten Regierungen. Die französische und die preussische Regierung begünstigen den Sozialismus als solchen, erlauben die radikalsten, die revolutionärsten Tiraden gegen das Kapital, aber unter einer Bedingung: daß man den Staat aus dem Spiel lasse. Wer für die Befreiung der Arbeiter handeln wolle, statt bloß zu reden, der stoße auf den Gensdarm — da merke er, daß die soziale Frage von der politischen untrennbar. Soziale Revolution predigen ohne die politische, heiße politische Reaktion machen und im Namen der deutschen Arbeiter, die er vertritt, müsse er jeden Versuch, die Arbeiter durch ausschließliche Behandlung der sozialen Frage von der politischen Aktion abzuhalten, auf das Entschiedenste bekämpfen. Es wird dann mit großer Majorität der Beschluß gefaßt, nach Erledigung der fünf auf der Tagesordnung befindlichen Fragen, die direkte Gesetzgebung zur Debatte zu bringen.

### Frankreich.

Paris, 10. Sept. Sobald der Kaiser wieder mit freiem Kopfe arbeiten kann, wird die Personenfrage in Angriff genommen werden müssen, zunächst in Betreff der Minister, sodann in Betreff der Präfecten; ohne durchgreifende Veränderungen in beiden Sphären wird man nicht wagen dürfen, den gesetzgebenden Körper einzuberufen. Mit Ausnahme der Organe der Triumvirn Rouher, Lavalette und Forcade, die noch immer wieder das Heft allein in die Hände zu bekommen hoffen, sprechen sich die Blätter aller Schattierungen dringend für faktische Garantien aus, daß die Verfassungs-Reformen verwirklicht werden sollten, und unter diesen verlangen sie erstens ein homogenes liberales Cabinet, sodann eine Präfectorial-Auslegung und drittens neue Anordnungen wegen der eventuellen Regentenschaft. Forcade will ein halbes, vielleicht sogar ein volles Duzend Präfecten opfern, wie es heißt, um den Rest zu retten, wie denn überhaupt jetzt die aefährliche Parole in den Regierungskreisen heißt: Zeit gewonnen, Alles gewonnen! Aus diesem Grunde hat auch die Verschleppung der Frage über den Termin der Einberufung der Kammer gefiegt. Dem Kaiser kam ohnehin nichts bequemer, als die Ansicht seiner Minister, es habe keine Eile mit einer so heifeln Angelegenheit, über die man sich füglich noch bis November Bedenken nehmen dürfe. — Die „Opinion nationale“ und der „Moniteur“, welche beide in nahen Beziehungen zum Prinzen Napoleon stehen, bringen heute die Frage der Regentchaft zur Sprache. Der „Moniteur“ meint, daß heute, wo die Wiederherstellung des Kaisers keinem Zweifel mehr unterliege, es notwendig sei, daß man Maßregeln für den Fall ergreift, daß der Kaiser wieder krank oder kränker werden sollte. Die „Opinion nationale“, bekanntlich das Leiborgan des Palais Royal, geht näher auf die Frage ein, und da man deren heutigen Artikel als die Dervollständigung der Senatrede des Prinzen Napoleon betrachten muß, so verdient derselbe jedenfalls eine nähere Erwähnung. Das Blatt weist zuerst darauf hin, daß ein Senatsbeschluß vom 17. Juli 1856 und die kaiserlichen Handschriften vom 1. Febr. 1858 für den Fall, daß der Kaiser sterben werde, der Kaiserin die Regentchaft bei der Thronbesteigung des minderjährigen Kaisers übertrage. Diese Lösung sei vom gesetzlichen Standpunkte aus unangreifbar. Man müsse sich aber fragen, welchen Gebrauch die Regentin von der persönlichen Regierung, die ungeachtet des letzten Senatsbeschlusses noch immer sehr groß sei, machen, und zu Gunsten welcher Ideen sie dieselbe anwenden werde. „Hierin herrscht — so meint die „Opinion“ weiter — große Unsicherheit. Unsere politischen Sitten gestatten selbst den hochgestellten Frauen nicht, ihre politischen Tendenzen im Voraus kundzugeben. Man kennt an der Kaiserin nichts, als ihre persönliche Grazie, den Muth, welchen sie beim Attentat Orsini und der Cholera in Amiens gezeigt. Ihre Politik ist unbekannt; man glaubt zu wissen, daß eine allzuwarme Frömmigkeit sie den Rathschlägen der Geistlichkeit zu geneigt macht, was in einem Lande, wie das unsere, wo der wünschenswerth noch Flug ist, und dieses besonders nach der langen Periode clerikalen Einflusses, welche wir durchgemacht. Die Lage ist übrigens ernst; das Kaiserreich ist im Verfall; die Zeit der Erfolge und des Prestiges ist vorbei; es ist in der Umgestaltung begriffen; dem Empire autoritaire soll das Empire liberale folgen. Ein Regierungswechsel ist in Frankreich übrigens schwierig. Wird die Hand einer Frau stark genug sein, um während dieser Krisis zu regieren? Hier liegt mehr als ein Gegenstand der Besorgniß und wahren Konservationen, eines neuen Personals, daß die von dem Senatsbeschlusse unvollständig begonnene Transformation schnell und ohne Hintergedanken vollendet werde, so daß, wenn ein Regierungswechsel eintritt, Frankreich sich im Besitze erneuerter Institutionen, eines neuen Personals und bereit findet, vorausgesehenen und nicht vorausgesehenen Schwierigkeiten die Spitze zu bieten.

Wie das „Memorial diplomatique“ meldet, hat die französische Regierung definitiv beschloffen, keinen besonderen Vertreter zum diplomatischen Kongress zu schicken, und dieselbe Enthaltung wäre von anderen Regierungen, namentlich von Oesterreich und der Schweiz, zu gewärtigen. Eine römische Korrespondenz der „Union de l'ouest“ versichert, daß unter den 32 Bischöfen, welche unter Hinweis auf ihr hohes Alter oder ihre angegriffene Gesundheit sich entschuldigen ließen, kein einziger europäischer sei. Die Bischöfe von Brasilien schickten sich zur Abreise an und die Bischöfe

von Chili hatten diese bereits am 1. September angetreten. Nur die Theilnahme der Bischöfe von Rußisch-Polen sei durch äußere Umstände unmöglich gemacht.

Paris, 11. Sept. (Tel.) Nach Berichten aus St. Cloud hat der Kaiser eine gute Nacht gehabt und in Folge der gestrigen Ausfahrt durchaus keine Beschwerden empfunden. Derselbe präsidirte heute Morgen einem Ministerrathe. — Das „Journal officiel“ theilt in seiner Abendausgabe mit, daß der Kaiser auch heute zwischen 3 und 5 Uhr eine Spaziersahrt im Parke von Villeneuve gemacht hat. — Prinz Napoleon hat gestern eine Reise angetreten, welche sich über die Küstenländer Italiens und Frankreichs erstrecken wird. — Eingetrossener Nachricht zufolge hat in Vigorie heute Morgen eine heftige Erderschütterung stattgefunden. — „Patrie“ erklärt die Nachricht von der Anwesenheit des Fürsten Gortschakoff in Paris für unrichtig.

### Spanien.

Die „Madr. Z.“ vom 7. Sept. veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers der Gnaden und Justiz Jorilla an 6 Erzbischöfe und 35 Bischöfe, worin die Regierung ihnen für die Haltung dankt, die sie unter den gegenwärtigen Umständen angenommen haben, namentlich durch Ausführung des Erlasses vom 5. August, betreffend die Einwirkung auf die niedere Geistlichkeit wegen deren Theilnahme an dem karlistischen Aufstande. Diejenigen Prälaten, welche den Erlaß der Regierung auszuführen verweigert haben und deshalb vor dem höchsten Gerichtshofe erscheinen sollen, sind der Kardinal Erzbischof von Santiago und die Bischöfe von Oñana und Seo de Urgel.

Madrid, 11. Sept. (Tel.) Die permanente Kommission der Cortes hat es für nothwendig erklärt, daß die Regierung energische Maßregeln ergreife, um den Besitz Kubas zu wahren. — In dem Flecken Paterna (Provinz Radir) sind gestern Ruhestörungen vorgekommen, bei welchen ein Sergeant der Bürgergarde verwundet wurde; der Gouverneur von Radir hat sich mit Truppen dorthin begeben.

### Italien.

Florenz, 10. Sept. Die „Nazione“ sagt offiziell, daß die Reise der Kaiserin von Frankreich auf die ersten Tage des Oktober vertagt worden sei.

### Großbritannien und Irland.

London, 10. Sept. Die in letzter Parlamentssession zur Annahme gelangte Bill behufs der Pensionirung alter und kranker Bischöfe, welcher anfänglich ein tochter Buchstabe zu bleiben drohte, hat bereits die ersten Früchte getragen. Der 70jährige Bischof von Bath und Wells, Lord Auckland, welcher seit Jahr und Tag so invalid war, daß er die Treppen in seinem Palais hinauf- und herabgetragen werden mußte, hat den Anfang gemacht und seine Resignation diese Woche eingereicht. Er wurde im Jahre 1847 zum Bischof von Sador und Man ernannt, und 1864 unter dem Ministerium Aberdeen nach Bath und Wells versetzt. Das mit dem letzteren Amte verbundene Jahrgeloh beträgt 5000 Pf. St. Zunächst nach dieser Diöcese wird voraussichtlich die von Winchester erledigt, da der jetzige Bischof seine Resignation am 14. März einzureichen gedenkt. Sein Nachfolger, als welcher allgemein der bisherige Bischof von Oxford bezeichnet worden, wird den Posten in finanzieller Hinsicht nicht so ergiebig finden, wie Dr. Sumner, da ein im Jahre 1837 in Kraft getretenes Gesetz verfügt, daß das bisherige Jahreseinkommen des Bischofs von Winchester bei Wiederbesetzung des Postens von 10,417 Pfd. Sterl. auf 7000 Pfd. Sterl. herabgesetzt werden soll. Das genannte Gesetz bezweckte eine gleichmäßigere Vertheilung der Bischofsgehälter, als sie früher gewesen war. So bezog der Bischof von Elandaff jährlich nur 1000 Pfd. Sterl. und der Bischof von Durham 27,000 Pfd. Sterl. oder mehr als der Erzbischof von York. Diese letztere Summe wurde durch das erste reformirte Parlament auf 8000 Pfd. Sterl. vermindert und auch im Uebrigen wurden Maßregeln getroffen, daß fernerhin kein Bischof ein Gehalt unter 4200 Pfd. Sterl. bezog. — Durch den Tod ihres bisherigen Inhabers ist die reichste Pfründe in England, die Pfarrei von Upwell St. Peter, in der Nähe von Wisbeach, erledigt worden. In der Liste über die verschiedenen kirchlichen Stellen und deren Inhaber ist die genannte Oberpfarrstelle mit einem Jahreseinkommen von 3058 Pfd. St. (über 20,000 Mkr.) aufgeführt, aber es ist kein Geheimniß, daß diese Summe hinter dem wirklichen Ertrage noch weit zurückbleibt. Das Vergebungsrecht besitzt eine Familie Townley, die ihre Familienangehörigen natürlich stets zuerst befehlt, so daß der Oberpfarrer von Upwell St. Peter seit Jahr und Tag den Namen Townley führt. Die Pfarreien von Dobbington und Stanhope, welche früher die einküchlichsten waren (erstere mit 8000 Pfd. St., letztere mit 5000 Pfd. St. Jahreseinkünften), sind nach dem Ableben ihrer Inhaber zertheilt worden.

### Rußland und Polen.

St. Petersburg, 28. August (9. Sept.). Der bekannte ausgedehnte Prozeß der Selbstverstümmelung (Skopzen), einer schädlichen religiösen Sekte, ist in Folge von Appellation an den Senat gelangt. Plotizyn, der angebliche Chef dieser eigenthümlichen Sekte, war in der früheren Instanz zum Verlust aller Standesrechte und zur Deportation nach Sibirien verurtheilt. In seinem Hause in Morschanst hatte man die Heiligenbilder der Sekte und große Summen Geldes gefunden, welche das Gerücht in übertriebender Weise auf 18 Millionen angegeben hatte. Es erwies sich indeß, daß nicht mehr als 700,000 Rubel vorrätzig gewesen. Der Prozeß ist komplizirt, weil eine Menge Personen darin verwickelt worden ist. Gewöhnlich zieht man Neophyten durch Versprechung großer Geldsummen heran. Es gehört zur gewöhnlichen Praxis der Angehörigen dieser Sekte, daß die Familienhäupter meist nach Geburt eines Kindes (welchem sie ihr ganzes Vermögen lassen) sich der barbarischen Operation unterziehen. Mangel an Uebereinstimmung in den Zeugenaussagen und in den Gutachten der Gerichtsarzte und medizinischen Autoritäten, Unmöglichkeit, dem Plotizyn selbst die Angehörigkeit zu der Sekte direkt nachzuweisen — alles das sind Umstände, welche die Behandlung dieses Prozesses ungemein erschweren. — Neben diesem Skopzenprozeß beschäftigt man sich auch stark mit dem Unterrichtsweesen. In Bezug auf das Volksschulwesen werden Schedosferrotis, Briefe an den Unterrichtsminister lebhaft besprochen, allerdings von den meisten Journalen

höchst oberflächlich. Ihr Grundgedanke ist, daß man bei der absoluten Unmöglichkeit, eine auch nur einigermaßen zureichende Anzahl Schullehrer zu beschaffen, ganz gut die armen Beamtenkinder, Wittwen russischer Pfaffen und andere würdige Frauenzimmer zum Volksschulwesen herbeiziehen sollte. Es giebt so viele arme Mädchen und Wittwen, welche froh sein könnten, ein solches Unterkommen zu finden, wo sie sich selbst ernähren und dabei dem Gemeinwesen nützen könnten. Ganz unabhängig hiervon erscheint ein Vorschlag des Erzbischofs von Volhynien, welcher sich über die Noth der hinterbliebenen Angehörigen der russischen Popen beklagt und auch ihre Heranziehung für die Volksschulen proponirt. Die Frage ist wichtig genug, um bei ihrer Behandlung mehr Rührigkeit zu wünschen. — Aber auch im höheren Unterrichtswesen hat man sich geregt, jedoch nicht in solcher Weise, welche der Idee des Ganzen entspricht ist. In Petersburg giebt es eine Universität, Gymnasien und andere Lehranstalten, welche vom Unterrichtsminister abhängig sind, und eine Anzahl wissenschaftlicher Akademien, welche ihrer speziellen Bestimmung zu Liebe andern Ressorts und anderer disziplinarischer Behandlung unterliegen. In diesem Jahre gab es daher diverse Revolten in mehreren Anstalten, weil das, was in der einen Anstalt erlaubt, in einer andern gleichstehenden, aber nicht zu demselben Ressort gehörigen ein Frevel. Der Kaiser ließ den Unterrichtsminister, dem Chef der Wege- und Wasserkommunikation, den Domaineminister, den Finanzminister, den Kriegsminister (als Chef der ihnen untergebenen Anstalten), ja auch noch den petersburger General-Polizeidirektor und den Chef der Reichs-Gendarmerie (vulgo geheime Polizei) über Herstellung einer gleichmäßigen Disziplin berathen. Diese Herren, wie auch eine von ihnen besonders niedergelegte Kommission, fanden die bisherigen Reglements ihren jeweiligen Zwecken entsprechend und forderten nur ihre strengere Anwendung. Außerdem riefen sie, strenger darüber zu wachen, daß nicht junge Leute den Anstalten zugelassen würden, welche wenig gute Garantien für ihren künftigen Verneiser und ihre künftige Moralität darböten. Hiermit haben die Herren eigentlich nicht besonders gerathen, und durch den letzten Zusatz der Protektionslust und der Willkür der Chefs der Universität und der Akademien Thür und Thor geöffnet. Auch viele andere Uebelstände finden wir in diesem am 3. Juni 1869 bestätigten und neulich veröffentlichten Bescheid der Kommission. Die Studenten dürfen nie als Gesamtheit handeln, auch nicht einmal Unterstützungskassen für ihre ärmeren Kollegen gründen, auch nicht Konzerte und sonstige Vorstellungen zu wohltätigen Zwecken arrangiren. Außer der Universität und den Akademien stehende Personen dürfen allerdings arme Studenten unterstützen und zu ihren Gunsten sich bemühen, werden aber fernabgehalten, die eingenommenen oder dargebrachten Gelder den Chefs der Anstalten zu übergeben, weil diese die Würdigsten und wirklich Hülfbedürftigen am Besten kennen. Dieser letzte Zusatz allein genügt schon, um die rückwärtsgehende Richtung und die Unzweckmäßigkeit des Kommissionsbescheides vollständig zu erweisen.

Ein vor einigen Tagen in türkischen Blättern veröffentlichtes Entreelet zeigt an, der Kaiser von Rußland habe der Pforte zu wissen gethan, daß er sie von dem diplomatischen Gebrauche, einen Abgesandten zur Begrüßung nach Eivadia zu senden, für diesmal enthebe. Die Ursache hiervon sei darin zu suchen, daß die zu dieser Mission ausersehene Persönlichkeit nicht in einem solchen Range stehe, wie es die Würde des Czaren erfordere. Der russische Vertreter in Konstantinopel habe sich gegenüber dem Großvezier in sehr hochfahrender Weise ausgesprochen und erklärt, daß wenn die Pforte bei ihrem Vorhaben bleibe, einen einfachen Mustechar nach Eivadia zu senden, der Kaiser genöthigt wäre, noch vor dessen Ankunft abzureisen.

### Türkei und Donaufürstenthümer.

Pera, 3. Sept. Die Neutralitätsfrage des Suezkanals scheint die Mächte ernsthaft zu beschäftigen: ohne die Neutralisirung würde der Kanal bald der Schauplatz ernsterer Kämpfe werden. Oesterreich ist günstig für die Neutralität — schweigt aber —, Preußen geht Hand in Hand mit England in dieser Frage, und Italien ist wegen seines entstehenden Orienthandels zu sehr interessiert, um nicht eine Sicherung dieser wichtigen Handelsstraße aufs wärmste zu unterstützen. Frankreich und Rußland stimmen dagegen mit den andern Mächten nicht überein. Erstes, als Haupttriebfeder bei der Ausführung der Arbeiten, rechnet stark auf besondere Vergünstigungen bei der Benutzung des Kanals, und fragt weniger nach den Interessen Europas als den seinigen. Rußland blickt mißtrauisch auf jeden Handelsweg nach dem Osten, welcher nicht über den Ural geht, und wird, wenn sich der Kanal für größere Dampfschiffe als brauchbar erweisen sollte, jedenfalls auf Modifikationen der Verträge über die Bosphorus- und Dardanellenschiffahrt bestehen. (Allg. Z.)

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Septbr. Der kommandirende General Hr. v. Steinmetz hat sich gestern nach Schleffen begeben, um dem Manöver der 9. Division beizuwohnen.

— In Betreff der Humboldtfeier (vgl. Inserat), welche heute Abend in der Aula der Realschule stattfindet, erinnern wir daran, um Irrungen entgegenzutreten, welche durch eine Verlegung der Zeit veranlaßt worden sind, daß die Feier um Punkt 7 Uhr beginnt. Um diese Zeit sollen die Saalthüren geschlossen und nur in den Pausen geöffnet werden. Billets sind bis 6¼ Uhr Abends bei Bote & Bock und in den Konditoreien von Beely und Volkowiz zu haben.

— **Schulchronik.** Aus dem neuesten amtlichen Schulblatt für die Provinz Posen entnehmen wir, daß nachstehende erledigte Lehrstellen der Provinz zu besetzen sind: Die Lehrstelle an der evang. Schule zu Dolzig, Kr. Schimm; die Lehrstelle an der evang. Schule zu Golun-Paul, Kr. Schroda; die 7. Lehrstelle an der evang. Stadtschule zu Meseritz; die Lehrstelle an der kath. Schule zu Morawsko, Kr. Posen; die neu errichtete 2. Lehrstelle an der kath. Schule zu Rozdrzewo, Kreis Krotoschin.

— **Das Saisontheater** wird in den nächsten Tagen geschlossen und das Publikum sieht so manchen Künstler mit Bedauern von hier scheiden. Besonders hat Herr Elmenreich es verstanden, während der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Aufenthalts an unserer Bühne durch sein stets in hohem Grade durchdachtes und meisterhaftes Spiel sich zum Liebling unseres Publikums zu machen. In gerechter Anerkennung für seine große Thätigkeit hat nun die Direktion den heutigen Abend, wo Hr. Elmenreich zum letzten Male auftritt, zugleich zu seinem Benefiz bestimmt; möge



unser Publikum sich beeilen, dem Künstler nochmal bei seinem Scheiden seinen Dank für die von ihm gebotenen Genüsse darzubringen. Zur Auf- führung kommt das fünfaktige historische Lustspiel von Arthur Müller: „Gute Nacht, Hanschen! oder: Maria Theresia und die Jesuiten“, ein Stück, das durch zeitgemäße Tendenz, historische Wahrheit wie amüsante Handlung zu den hervorragendsten dramatischen Erscheinungen der Neuzeit gehört.

— **Im Mariengymnasium** fand am Sonnabende Vormittags 10 Uhr die feierliche Verabschiedung des Hrn. Prof. Wannowski statt. Es hatten sich zu dieser Abschiedsfeier sämtliche Lehrer und Schüler der Anstalt in der großen Aula versammelt. Nach Eröffnung der Feier durch einen von den Schülern aufgeführten Gesang hielt Hr. Direktor Dr. Enger an Hrn. Prof. Wannowski eine Abschiedsrede, in welcher er denselben seiner Amtsoverpflichtungen entband und seine außerordentlichen Verdienste um die Anstalt während einer 40jährigen Lehrertätigkeit hervorhob. Zum Schluß machte derselbe die Mitteilung, daß das Provinzial-Schulcollegium in An- beraucht der langjährigen treuen Pflichterfüllung beim Ministerium die Ver- leihung einer Auszeichnung für den sich erweisenden Verstand und daß der König demselben den Kronenorden 4. Klasse verliehen habe, nachdem be- reits im vorigen Jahre die Verdienste desselben durch Verleihung des Ro- then Adlerordens 4. Klasse anerkannt worden seien. Nachdem Hr. Direktor Dr. Enger dem auf diese Weise Geehrten den Orden an der Brust be- festigt hatte, hielt der Abtitorient Stanislawski an denselben eine Abschiedsrede in polnischer Sprache, in welcher er im Namen der Abiturienten den Dank aussprach. Sodann ergriß Hr. Prof. Wannowski das Wort; er dankte zunächst in deutscher Sprache dem Hrn. Direktor für die ehrende Anerkennung und verabschiedete sich von dem sämtlichen Lehrerkollegium; alsdann wandte er sich an die Schüler in polnischer Sprache, und nahm von den- selben mit rührenden Worten Abschied. Ein Gesang beendete die erhebende Feier. — Das Abschiedsdiner im Bazar findet Donnerstag den 16. d. M., Abends 5 Uhr statt.

— **Als Anerkennung** für die vorzüglichen Leistungen in der Sym- nasie wurde Hrn. Otto Braas am Sonnabende nach beendeter Vorstel- lung im Volksgarten von mehreren Verehrern eine wertvolle, schone gol- dene Medaille überreicht. Dieselbe ist von Hrn. Graveur Below kunstvoll angefertigt worden und trägt auf dem Avers die Inschrift: „Otto Braas. Dem Verdienste die Krone“. Auf dem Revers die Inschrift: „Andenken an Posen, 1869. Pamiatka z Poznania.“ Das dazugehörige Band zeigt die posener Stadtfarben: Roth und Weiß.

— **Der Kram- und Viehmarkt in Gniwotowo**, welcher kalen- dermäßig am 28. und 29. September abgehalten werden sollte, ist von der k. Regierung in Bromberg aufgehoben worden. An Stelle desselben wird ein Krammarkt am 5. und 6. Oktober abgehalten werden, während der Vieh- markt wegen der Rinderkrankheiten vollständig ausfällt.

— **Viehkrankheiten.** Unter dem Rindvieh in Siebenschlösschen, Kr. Glogzinen, ist die Tollwut; ferner unter dem Rindvieh in Ober- Lesniz, Kr. Glogzinen, in Puchowo, Kr. Sławosław, in Piszczol- czyn, Kr. Schubin, und in Grzybowo rabiezycze, Kr. Gnesen, sowie unter den Schafen in Kolaczewo, Kr. Schubin, der Milzbrand aus- gebrochen; sämtliche genannte Orte sind in Folge dessen auf Anordnung der k. Regierung in Bromberg für den Verkehr mit Rindvieh resp. Schafen, Raufutter und Dünger gesperrt worden.

— **Der Kreis Domst.** 10. Septbr. Ein Kinderfest, wie es in hiesiger Gegend noch nie gefeiert worden ist, wurde auf Veranlassung des Schul- inspektors Hrn. Probst Wójciszynski zu Priment am 6. d. M. begangen. Es versammelte sich nämlich schon früh 8 Uhr die Schulpflichtigen zur Parochie Priment gehörenden 6 Schulen, geführt von ihren Lehrern, vor dem Pfarrhause und begab sich von da aus in geordnetem Zuge zum Gottesdienste nach der Kirche, woselbst eine Messe abgehalten wurde. Nach beendigtem Gottesdienste begaben sich die Schulpflichtigen mit den Lehrern, in Begleitung des Hrn. Probsts, des Hrn. Vikars, so wie des Hrn. Distrikts- amtsverwalters Tominski auf einen innerhalb des Dorbruches reizend ge- legenen Platz, „Garbol“ genannt. Dori erfreute sich die fröhliche Jugend- schaar, die auf Kosten des Hrn. Probsts reichlich bewirtet worden, allmäh- lich mit Gesang und Spiel; schließlich wurden noch vielen Kindern, die beim Spiele sich ausgezeichnet, Prämien verabreicht. Nach der Rückkehr in Priment hielt Hr. Probst W. eine Ansprache an die zahlreich versammelten Schul- und Kinderfreunde, so wie an die Lehrer und Schulpflichtigen. Man hörte von Jung und Alt den Wunsch äußern, daß ein derartiges Fest, von dem man bis jetzt keine Ahnung hatte, alljährlich sich wiederholen möchte.

— Während hunderte von Kindern sich auf dem „Garbol“ vergnügten, wurde im nahen Rosargowo ein Erenmann im strengsten Sinne des Wortes unter sehr zahlreicher Beteiligung von nah und fern zu Grabe getra- gen. Es war dies der dortige Bürgermeister Hr. Janisch, der 20 Jahre hindurch das Bürgermeistertamt in R. in eben so gerechter als humaner Weise verwaltet hatte. Der Pastor des Orts, Hr. Weber, sprach am Grabe des leider für die Stadt wie für seine Familie zu früh Verstorbenen (Hr. J. war erst ein Vierziger), Worte der Anerkennung und des Trostes. — Der hiesige Turnverein, so wie die Turnerinnen zu Grätz, Kosten und Schlegel, geben sich am nächsten Sonntag in Ratow ein Rendezvous, wobei ein Schauturnen stattfinden wird.

† **Krausstadt.** 9. Septbr. Endlich ist es gelungen, die Hand zu er- mitteln, welche das dies- und vorjährige Feuer verursacht hat. Sonntags nach dem letzten Brande in der Abenddämmerung gewahren die Bewohner des grünen Ringes in der Nähe der Märgerschen Fabrik einen etwa neun- jährigen Knaben, der vor einem schadhaften Hause stand, ein Streichholz entzündete und in die hölzerne, lüdenhafte Hauswand steckte. Derselbe wurde anderen Tages in der Schule bestraft. Hierbei ergaben sich mehrfach ihn verdächtigende Anzeichen und die Polizei war genötigt, diese Spuren wei- ter zu verfolgen. Dabei hat sich herausgestellt, daß jener Knabe obiges Experiment sowohl in diesem als auch im vorigen Jahre bei den abge- brannten Scheunen in Anwendung gebracht hat. Die k. Staatsanwaltschaft in Bissa sah in Betracht des jugendlichen Alters des Brandstifters von einer weiteren Verfolgung ab und hat denselben dem neubestellten Vormunde zur strengsten Beaufsichtigung überwiesen.

— **X. Krotoschin.** 10. Sept. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ist an Stelle des ausgeschiedenen Magistratsmitgliedes, Hrn. Blanquart, der Kaufmann Herr Adolph Kagenellenbogen zum Magistratsbeigeordneten auf die Dauer von 6 Jahren gewählt worden. Es kam auch die Vorlage wegen Errichtung eines Landgerichts im hiesigen Orte bei der bevorstehenden Reor- ganisation der Gerichte zur Beratung. Es wurde beschloffen, zunächst den Herrn Bürgermeister Rhode, welcher sich gegenwärtig auf einer jedwöchentlichen Urlaubsreise in Belgien befindet, zu ersuchen, bei seiner Rückkehr nach hiesiger dem Herrn Justizminister seine Aufwartung zu machen und bei ihm nicht allein wegen Errichtung eines Land-, sondern auch wegen Orga- nisation eines Schwurgerichts in Krotoschin, wenn auch in kleinem Umfange vorstellig zu werden und wenn dies nicht fruchten sollte, will man durch Petitionen und Entsendung von Deputationen die Errichtung dieses Ziels erstreben. Im Falle der Errichtung eines Schwurgerichts müßten allerdings — um dies zu ermöglichen — benachbarte Schwurgerichte verkleinert werden. Auch die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer im hiesigen Orte war Gegenstand der Beratung; man will an Stelle dieser die Klassen- steuer verjüngungsweise eingeführt wissen und auch dieserhalb soll Herr v. Rhode bei dem Herrn Minister und vielleicht auch bei dem General-Direktor der Steuern bei seiner Durchreise über Berlin vorstellig werden. — Der Schwarz- viehhändler Franz Nikielczyk, cfr. N. 201 der Posener Zeitung, ist, nachdem er sich bereits in England befand, nach Krotoschin zurückgekehrt, er hat also seine Weiterreise nach Amerika aufgegeben. Von seiner Rückkehr nach hiesiger ist die Polizeibehörde hier benachrichtigt worden und es scheint daher, daß seine Rückkehr nicht ganz ohne obrigkeitlichen Einfluß gewesen ist, obwohl es in der betreffenden Benachrichtigung bezüglich in dem Bissa heißen soll, daß er auf seinen Wunsch wegen seiner Gebrechlichkeit zurückkehrt. — Die Pa- storat-Synode, von welcher ich Ihnen in meinem vorigen Berichte schrieb, hat den 8. und 9. d. Mts. in Anspruch genommen. Es haben daran nicht allein Pastoren des hiesigen Kreises, sondern auch aus benachbarten Kreisen, namentlich aus dem schrimmer und ostrower Kreise Theil genommen. Auch Kirchenräthe sind hierzu eingeladen gewesen. An beiden Tagen fand Gottesdienst statt.

— **Neutommsh.** 10. Sept. Nach dreijähriger gegenwärtiger Amtirung ist der hiesige Pastor, Hr. Kittel, am 30. v. M. nach seinem neuen Wir- tungskreise, dem Städtchen Dohrenfurt in Schlesien, überfiedelt. Es haben um die hiedurch erledigte Pfarre noch außer den in Nr. 194 d. Btg. genann- ten Bewerbern die Pastoren Hergesell aus Mäuselmühl und Hermann aus Müdersdorf in Schlesien Probepredigt und Katechese abgehalten. Herr Pastor Paake aus Ober-Weistritz in Schlesien, welcher bereits bei der vor- drei Jahren ansehenden Waise des Pfarramts hierorts als Bewerber auf-

trat und Probepredigt gehalten hat, auch von dem Gemeinde-Kirchenrathe einstimmig als Kandidat für die engere Wahl aufgestellt, von dem k. Kon- sistorium der Provinz Posen aber zu Gunsten des damaligen Pfarrverwe- sers R. von der Kandidatenliste gestrichen wurde, wird den Byllus der Probepredigten beenden.

— **Kreis Pleschen.** 10. Septbr. Die bereits seit längerer Zeit in Aussicht genommene Schauspielfestung von Ruckow über Bronow, Grudzielec- hawland, Wiegant-Dau. und von da über Strzebow nach Maszkow scheint ihrer Verwirklichung entgegenzugehen, indem man gestern mit der Vermit- lung der qu. Strecke begonnen hat. Den Bau dieser Linie wollen einige Edelleute übernehmen, wobei auf eine Subvention aus der Provinzialkasse gerechnet wird. Von Maszkow bis nach Strzebow ist die Chaussee, welche Graf v. Sforzewski auf Maszkow bauen ließ, schon im vorigen Jahre vollendet worden.

— **S. Rawicz.** 12. Sept. Unsere Stadt hat am gestrigen Tage ein für sie sehr bedeutames Bürgerfest begangen, dessen Wichtigkeit schon am frühen Morgen die vom Rathshaus thurm wehenden Fahnen den Bürgern zu er- kennen gegeben. Nach 42jähriger rühmlicher und verdienstlicher Thätigkeit ist unser Oberbürgermeister Hausleutner aus seinem Amtverhältnis ge- schieden und in seine Stelle der Bürgermeister Lenz aus Küstin getreten. Der feierliche Akt fand Mittags 12 Uhr öffentlich im Sitzungssaale der Stadtverordneten im Beisein des Magistrats und der Stadtverordneten statt. Herr Landrath Schopis überreichte als Kommissar der k. Regierung dem Hrn. Bürgermeister Lenz die Bestätigungsurkunde und richtete sodann an den in den Rubelstand zurücktretenden Oberbürgermeister Hausleutner tiefempfundene Worte der Anerkennung für die der Stadt und dem Staate geleisteten treuen Dienste. Hr. Stadtverordneter Dr. med. Schnei- der sprach demnach im Namen des Stadtverordneten-Kollegii resp. der Stadt dem aus seiner Dienstpflicht scheidenden Oberbürgermeister den Dank für die der Kommune durch 42-jährigen gewidmete segensreiche Thätigkeit aus und hieß den neuen Bürgermeister herzlich willkommen. Oberbürgermeister Hausleutner dankte innigst gerührt für die ihm von Kollegen und Stadt- verordneten zu Theil gewordene Unterstützung und Bürgermeister Lenz ver sprach in warmen Worten, daß das Wohl der Stadt Rawicz ihm fortan am Herzen liegen werde. — Um 1 Uhr vereinigten sich sämtliche Behörden der Stadt, die Vorsteher der Schulen, der Korporationen und Innungen, Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung, ohne Konfessionsunterschied, und distinguirte Männer aus dem Kreise zu einem Diner in Nobels Hotel „zum goldenen Adler“, bei dem die heiterste Stimmung herrschte, die durch Tafelmusik, Gesang und Trinksprüche entsprechenden Ausdruck fand. Den Weizen der Tafel eröffnete Landrath Schopis mit einem Hoch auf den König. Demnach wies in einem Trink- spruche der Beigeordnete, Stadtrath Stiemann auf die Verdienste des in den Rubelstand tretenden Oberbürgermeister hin, in dessen Amtsperiode wesentliche Verbesserungen und Einrichtungen unsere Stadt erfahren hat. Hierher ge- hören namentlich: die Errichtung resp. Erweiterung unserer Realschule 1. Ordnung, die Prachtgebäude der evangel. Knaben- und Mädchenschule, die Herstellung des städtischen jüd. Schulhauses, die Belegung der Hauptstraßen mit Trottoir, der Bau des Hospitals, die Anlagen der Promenade, die Ein- führung des Gases, die Enttsehung einer Kaserne, die Bauten zu militäri- schen Zwecken, die Einführung der öffentlichen Sitzungen in den Stadtver- ordneter-Veranstaltungen u. s. w. — Dr. Schneider beleuchtete in seinem Toaste die Mängel eines Beamtenberufs, die besonders in den gestrigen Verhältnissen der Jetztzeit hervortreten und knüpfte daran die wohlgegrün- dete Hoffnung in der zu erwartenden Pflichterfüllung des neuen Bürgermeisters. Rechtsanwalt Matyja hob gehend die uneigennützigste Thätigkeit des Stadt- raths Stiemann hervor, die er der Stadt während der Erkrankung des Ober- bürgermeisters eifrig und pflichttreu widmete. Noch mehrere der Festgenossen, wie namentlich die Herren Superintendent Altmann, Direktor des königl. Kreisgerichts Müller und Rektor Gohn konnten dem Drange ihres Herzens nicht widerstehen, um dem gefeierten Manne, zu dem sie durch so viele Jahre in Beziehung gestanden haben, einen Abschiedsgruß zuzurufen. Von dem bei der Tafel gesungenen trefflichen Liede erhielten die Herren Oberbürgermeister Hausleutner, Bürgermeister Lenz und der k. Kreisland- rath Schopis, der aus Gesundheitsrücksichten nicht bis zum Schluß am Bestmahl theilnehmen konnte, drei Prachtexemplare. Das Titelblatt zierte derjenige Theil unserer Marktplatzes, auf dem das Privathaus des Ober- bürgermeisters — der wohlverdiente Ruheort des alten Herrn — sich außerst geschmackvoll präsentirte.

— **n. Tirsitz.** 10. September. Vor einigen Tagen ging hier ein junger, sehr ansehender gelehrter Mann von Haus zu Haus, verschleierte Goldsachen, als Ringe, Brochen, Medaillons, Ketten, Armabänder u. s. w. zum Verkauf anbietend. Der hiesige Senbram Wache, von einem Sackhener auf die Unrechtheit der von dem jungen Manne vorgezeigten Waaren auf- merksam gemacht, beobachtete den Letzteren in einem altmodischen Gasse- längere Zeit, und da ihn dessen Benehmen in dem ihm eingelösten Ver- dacht nur bestärken konnte, fragte er denselben endlich nach dem Haus- scheine. Sich entschuldigend nannte der junge Mann den Namen des Gast- wirts, bei welchem er logirte, und bat den Sendarnen, ihm dortin Be- hufs Vorzeigung des Gewerbescheins zu folgen. Da der Hauswirth seine Sachen noch ausgepackt hatte, unterließ sich der Sendarn unterdessen noch mit den anwesenden Gästen und merkte die Entfernung des jungen Mannes erst, als derselbe schon 3–400 Schritte von dem in Rede stehenden Gasthof weg war. Da Wache aber sofort nacheilte, sah er den jungen Mann auch noch in den von ihm vorhin genannten Gasthof eintreten; als er aber selbst in die Schenkstube des Gasthofs kam, war kein Fremder mehr zu finden und auch der Wirth will Niemanden gesehen haben. Alle weiteren Nach- suchungen blieben erfolglos. Nachträglich ist jedoch ermittelt worden, daß der junge Mann mit einem hiesigen Fuhrmann aus Schwiebus hieher gekommen ist, und man hofft dort seine Persönlichkeit noch feststellen und dem Gerichte zur Bestrafung überliefern zu können.

— **r. Wollstein.** 10. Sept. Im Monat November d. J. läuft die zwölfjährige Wahlperiode unseres Hrn. Bürgermeisters Feuer ab, und es stand in Folge dessen auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtveror- deten-Verammlung die Bürgermeisterwahl. Bei der Beileitheit, die sich Hr. Feuer durch sein treues Wirken für das Interesse der Stadt, sowie durch seine humane Begegnung gegen Jedermann unter allen Schichten der hiesigen Einwohnerschaft erworben, wurde in einer früheren Stadtverordeten-Verammlung von der Aufschreibung einer Konkurrenz Abstand genommen und es fand gestern die einstimmige Wiederwahl unseres Hrn. Bürgermei- sters auf fernere 12 Jahre mit einem jährlichen Gehalte von 600 Thlr. statt.

— **a. Wronke.** 10. Septbr. Dem Vernehmen nach soll das von der k. Regierung zur Einführung in den jüdischen Gemeinden empfohlene Normalkatut in einer hier am 3. d. M. unter Vorsitz des Hrn. Bürger- meisters Ottersohn abgehaltenen Sitzung des Vorstandes und Repräsentanten- kollegiums abgelehnt worden sein. Es ist dies sehr zu bedauern; denn wie so viele Gemeinden in unserer Provinz entbehrt auch die hiesige gerade in ihrem kulturellen Gemeinleben zweckmäßiger fester Normen. In den meisten Fällen hat der Mangel an solchen schlimme Folgen herbeigeführt; Zerfahren- heit und Gleichgültigkeit in religiösen Dingen, Annäherung und Willkür waren die schlimmen Feinde, welche überall wucherten und das Bessere nicht auf- kommen ließen. Wie wir hören, soll von einer großen Zahl der Gemein- demitglieder gegen den Beschluß der Repräsentanten bei der k. Regierung Be- schwerde eingereicht worden sein, ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten. — Gestern wurde in Samter unter Vorsitz des Hrn. Superintendenten Kögel Befuß der Wahl von Deputirten zur Provinzialsynode eine Bezirksynode der Kreise Birnbaum, Samter und Dobornik abgehalten. Im Ganzen waren 36 wahl- berechtigte Geistlichen und Laien erschienen. Gewählt wurden 1) Superinten- dent Barnitz in Dobornik, 2) Pfarrer Böttcher in Pinne, 3) Major v. Massen- bach in Bialoskoj und 4) Rittergutsbesitzer Philipp v. Ratufius in Ludom. Die den gewählten Vertretern entstehenden Kosten wurden von den Anwesen- den zu je einem Drittel für den einzelnen Kreis übernommen, die Aufbringung derselben wurde der Bezirksynode überlassen. — Gestern trat in Krotoschin die aus den drei Kreisynoden Schrimm, Ostrowo, Krotoschin zusammenge- setzte Bezirksynode zur Wahlverhandlung zusammen. Das Ergebnis der Wahlen für die Provinzialsynode ist folgendes: Superintendent Heinrich in Bnin, Pastor Koniecki in Schildberg, Seminar-Direktor Stoll in Rozmin, Rittergutsbesitzer Hauptmann v. Stiegler in Sobatka bei Pleschen. — Am 7. d. M. fand hier die Wahl eines Lehrers für die in der katholischen Schule zu Neudorf durch den Tod des Lehrers Weber erledigte Lehrerstelle statt. Es wurde einstimmig der zweite Lehrer an der hiesigen katholischen Schule, Hr. Rüster, gewählt. Die katholische Schule zu Neudorf macht an Hrn. Rüster unstreitig eine sehr gute Akquisition. Beiläufig muß auch bemerkt werden, daß diese Stelle eine der besten in unserer Provinz ist.

— **W. Birke.** 11. Sept. [Wahl eines Landtagsabgeordneten.]

Gestern fand hier die Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Wahlkrei- Samter-Birnbaum statt — zum Ersatz für den Regierungsrath Krieger, den eine Amtsveränderung mit Gehaltsverhöhung zur Niederlegung des Mandats veranlaßt hatte. Vor der Wahl hatten die deutschen Wahlmänner eine Versam- lung abgehalten, um sich über einen Kandidaten zu verständigen. Als solche waren aufgestellt: Hr. Kreisrichter Gerhardt aus Samter und Hr. Rittergutsbe- sitzer Kiepert auf Mariensfeld. Beide Herren erörterten in der Versam- lung ihren Standpunkt. Hr. Gerhardt entwickelte ein ins Einzelne gehen- des Programm, und bezeugte dabei seine Stellung zu den einzelnen Pro- gen. Er verlangte neue Grundlagen für die Selbstverwaltung, Neugestal- tung der Gemeinde-, Kreis- und Schulverfassung, mit welcher letzteren eine Reform des Kirchenwesens im Zusammenhange stehe. Die Volkschule müsse dem überwiegenden Einflusse der Geistlichkeit entzogen und auf den Rechts- boden gestellt werden, den das Landrecht angedei. Unter dem Druck des Konfessionalismus, welcher den freien Geist aus ihr verdränge, hat sie be- sonders in unserer Provinz gelitten. — Die neuen Gesetze, besonders das über Aufhebung des Judenrechts, die Substitutions-, Gewerbeordnung u. begrüßt Redner mit Freuden. Für die kleineren Gutsbesitzer sei eine Ein- richtung zu treffen, welche ihnen die Vortheile der Pfandbrief-Institute ge- währt — Die Mittel zur Dedung des Defizits will der Redner nicht durch Gewährung dauernder Steuern beschafft wissen. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß er sich einer bestimmten Partei in der Kammer nicht anschließen würde. Eine spätere Interpellation beantwortete derselbe dahin, daß er die Nationalliberalen nicht für eine geschlossene Partei halte, daß er das gute Alte konservirt wissen will, wenn Reformen nicht möglich sind. Er bezeichnet dabei seine Stellung als liberal-konservativ, was einige Er- regung hervorrief und den Landrath Herrn v. Massenbach bestimmen mochte, Herrn Gerhardt als Kompromißkandidaten der deutschen Wahlmänner zu empfehlen.

Hr. Kiepert erklärte darauf, daß er, früher Fortschrittsmann, seit 1866 der nationalliberalen Partei angehöre; seinen Standpunkt glaubt er genö- gend durch das Programm dieser Partei und Männer wie Twesten, Lasker u. bezeugt zu haben. Obwohl Rittergutsbesitzer, verlangt Redner eine Reform der Kreisordnung auf freier Grundlage, er seinerseits ver- zichte gern auf die ihm zustehende Polizeigewalt. Der Wahlkommissar, Hr. v. Massenbach, mahnte zum Schluß noch zur Einigkeit und schlug vor, bei dem voraussichtlichen zweiten Wahlgange auf den von den beiden Kan- didaten die Stimmen zu konzentriren, welcher die meisten Stimmen im ersten erhalten würde. Die Wahlmänner begaben sich sodann in das Wahl- lokal. Von den 280 (deutschen und polnischen) Wahlmännern stimmten im ersten Wahlgange für Kiepert 104, für den polnischen Kandidaten Kreisgerichtsath v. Twardowski aus Samter 92, für Gerhardt 84; im zweiten Wahlgange kamen von 277 Stimmen: 182 auf Kiepert, 94 auf Twardowski, 1 auf Gerhardt. Rittergutsbesitzer Kiepert ist somit ge- wählt. Dies Resultat ist als ein sehr glückliches zu bezeichnen, einmal da hier das nationale Interesse wahrgenommen werden konnte, ohne das libe- rale zu beeinträchtigen, dann auch, weil Hr. Kiepert mit den Bedürfnissen unserer Provinz und unseres Kreises genügend vertraut ist. In diesem Punkte werden auch die Konservativen, welche hier so dünn wie überall in unserer Provinz gesät sind, mit dem Neugewählten mehr zufrieden sein als mit Hrn. Krieger. Hr. Kiepert kennt auch vor Allem die Bedürfnisse der in unserer Provinz mehr wie anderwärts bedrängten Grundbesitzer, die bei allem Konservatismus immer mehr zur Unzufriedenheit neigen. Wir dürfen wohl hoffen, Hr. Kiepert werde im Landtage den Beschwerden unserer Provinz Ausdruck geben.

— **Bromberg.** 10. Septbr. Bisher wurde für die Termine zu den Stadtverordnetenwahlen eine bestimmte Stunde angesetzt und der Wahl- akt sofort geschlossen, nachdem die zu derselben Erschienenen ihre Stimmen abgegeben hatten. Bei den im November d. J. vorzunehmenden Ergänzungs- wahlen soll indeß die Vollziehung der Wahlen in der Weise erfolgen, daß zur Stimmenabgabe mehrere Stunden (von 10 Uhr Vor- bis 3 Uhr Nach- mittags) ausgesetzt werden. Den Ausgang der Wahl hat Niemand abzuwar- ten, da eine etwa notwendige engere Wahl mehrere Tage später stattfinden soll. Es ist diese Einrichtung ähnlich dem Verfahren, wie solches bei den Reichstagsabgeordneten befolgt wird, und gewiß eine höchst zweck- mäßige, die unweifelhaft zur regeren Theilnahme an den Gemein- dewahlen beitragen wird, indem Mancher gerade deshalb die Ausübung des Wahlrechts unterlassen mußte, weil er geschäftlich zur Wahrnehmung der bestimmten Stunde verhindert war. Wie ich ferner höre, wird die 3. Abtheilung nicht wie früher, aus zwei, sondern nur aus einem Wahlbezirk bestehen. — Die hiesige städtische Gasanstalt erfreut sich einer stehenden Zu- nahme. So hat der Gasconsum im Jahre 1861 ca. 7, im Jahre 1868 da- gegen ca. 21 Millionen Kubikfuß betragen. Die zur Produktion des gegen- wärtigen Gasbedarfes unzureichenden Betriebsgebäude erfahren jetzt eine ent- sprechende Erweiterung mit einem anschlagsmäßigen Kostenaufwande von ca. 13,000 Thlr. Der Gewinn, den dieses Institut der Stadt bringt, ist ein recht erklecklicher, da aus demselben nicht allein das Anlagekapital verzinst und amortisirt wird, sondern, abgesehen davon, daß daraus dem Rämmer- fond alljährlich erhebliche Beträge zu Gute gekommen sind, derselbe stets die Mittel zur Erweiterung des Gasdistributionsnetzes und auch Gelegenheit zur Ansammlung eines Reservefonds, welcher Ende 1868 über 26,000 Thlr. ver- tragen haben soll, geboten hat. — Meine Mittheilung, daß der hiesige Magistrat von der Präsentation eines Mitgliedes für das Herrenhaus einstweilen Abstand genommen hat, muß ich auf- recht erhalten.

## Aus dem Gerichtssaal.

— **W. Posen.** 13. Sept. Heute beginnt die erste Schwurgerichts- sitzung nach den Gerichtsferien unter dem Vorsitz des Kreisgerichtsdirektors Gotchowski aus Bissa. Zur Verhandlung kommen folgende Sachen:

Am 13. September: 1) die Anklage gegen den Schmiedegesellen Jo- hann Wieruszewski wegen schweren Diebstahls und 2) die Anklage gegen die Arbeiter Johann Wisniewski, Joseph Michalak, sowie gegen die unverheiratete Margaretha Piepryk wegen desselben Verbrechens resp. wegen Hehlerei.

Am 14. September: die Anklage gegen die Knechte Anton Borasz, Peter Schmeiß und Moritz Pinfus wegen schweren Diebstahls.

Am 15. September: 1) die Anklage gegen die Tagelöhner Andreas Dziurta und August Tischler wegen schweren Diebstahls und 2) die Anklage gegen die Tagelöhner Andreas Dabrowski, Martin Weinert, Lukas Dzięcki und Jakob Krawiatow wegen desselben Verbrechens.

Am 16. September: die Anklage gegen die unverheiratete Katharina Maciejowska und den Einlieger Johann Weidner wegen schweren Diebstahls.

Am 17. September: 1) die Anklage gegen den Häusler Michael Sterczata wegen wissentlichen Meineides und 2) die Anklage gegen den Knecht Paul Ratajczak wegen schweren Diebstahls.

Am 18. September: 1) die Anklage gegen die Dienstmagd Hedwig Gabrysiak wegen Kindesmordes und 2) die Anklage gegen den Tagelöhner Anton Sarnowski wegen schweren Diebstahls.

Am 20. September: die Anklage gegen den Tagelöhner Vincent Wroblewski und den Fleischer Thomas Schewe wegen schweren Diebstahls.

— **Königsberg.** 10. Sept. Gestern wurde ein Prozeß, der seit 2½ Jahr schwebt, in erster Instanz entschieden. Angeklagt waren der Abg. v. Hoyerbed, der Redakteur der früheren „N. A.“ Stein (gegenwärtig in der Schweiz) und der Buchhalter Pensky. Hr. v. Hoyerbed hatte am 28. Juni 1867 hier eine Rede an seine Wähler gehalten und in derselben u. A. auch den bekannten, durch Herbeiziehung von Hilfsrichtern zu Stande gekommenen Beschluß des Obertribunals, Abgeordnete wegen ihrer im Ab- geordnetenhaus gehaltenen Reden anzuklagen, einer Kritik unterworfen. Diese Rede war von Hrn. Pensky stenographisch aufgezeichnet und nach die- ser Aufzeichnung hatte Redakteur Stein den Bericht für seine Zeitung ge- macht. In diesem letztem findet die Staatsanwaltschaft eine Verleumdung des Obertribunals v. Hoyerbed erklärt, daß, was das betr. Schriftstück enthalte, durchaus seine Meinung sei; ob er die in demselben stehenden Worte und Redewendungen gebraucht, darüber könne er keine Auskunft ge- ben. Die Rede, wenn auch stenographisch nachgeschrieben, sei jedenfalls bei der Redaktion gefälscht. Hr. Pensky sagt, es habe unter den Stenographen Deutschlands allgemeines Aufsehen erregt, daß ein Stenograph für seine Ar- beit gerichtlich verfolgt werde. In welcher Weise der Redakteur, in dessen Auftrag er gearbeitet, sein Manuscript benutzt, und ob der betreffende Pa- sus nach demselben abgedruckt sei oder nicht, könne er nicht wissen. Herr Stein endlich hat bei seiner früheren gerichtlichen Vernehmung zugegeben, daß er die stenographirte Rede einer Redaktion unterworfen habe. Der Ge- richtshof findet in dem Artikel eine Verleumdung des Obertribunals und ver- urtheilt den Redakteur Stein zu 60 Thlr. Geldbuße, spricht jedoch die O. v. Hoyerbed und Pensky frei, da es nicht erwiesen sei, daß der Erstere

(Fortsetzung in der Beilage.)



das erlaubte Maß der Kritik überschritten und daß das Manuscript des Regierers wörtlich in die Zeitung aufgenommen sei.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* **Dem Dr. Ebel in Schneidemühl** ist wegen seiner Bearbeitung der keltischen Grammatik von Zeuß in diesem Jahre, ohne daß er sich darum beworben hätte, von der kgl. Akademie der Wissenschaften in Berlin der Preis zuerkannt worden. Auch im Auslande findet seine Arbeit die warmste Anerkennung; so schreibt ein französischer Sprachforscher (Revue critique d'histoire et de littérature, Paris d. 20. März 1869): Wo giebt es ein Werk, das auf die ältesten Zeiten unserer Geschichte so viel Licht verbreitet hat, als die keltische Grammatik von Zeuß? Und doch war dieser ein Ausländer und ist gestorben, ehe Frankreich ihm seinen Dank hätte bezeugen können. Ein Lehrer am Gymnasium zu Schneidemühl, einem in unserm Vaterlande kaum dem Namen nach bekannten Städtchen Preußens, Dr. Ebel hat dies verdienstvolle Werk fortgesetzt; inmitten anstrengender Berufsarbeiten hat derselbe Mühe gefunden, Untersuchungen anzustellen, welche einen der entlegensten Winkel der Urgeschichte unseres Volkes aufhellen. Man muß den Patriotismus nicht zu weit treiben, doch kann ich den Ausruf nicht unterdrücken: Warum war es nicht ein Franzose, der ein so echt nationales Werk geschaffen hat? Gegenwärtig kommt uns das Licht aus dem Großherzogthum Posen!

\* **Der französische Bildhauer Dantan** der Jüngere ist in Baden einem Schlaganfall erlegen, eben als er dem Begräbnisse eines Freundes, des Dr. Schaffs, beizuwohnte. Dantan, dessen Portraits sehr geschätzt sind, war 68 Jahr alt.

\* **In Rom** wird vom 1. Februar bis 1. Mai 1870 eine Ausstellung von Gegenständen der christlichen Kunst stattfinden, bei welcher sich auch die Künstler des Auslandes betheiligen können. Als Ausstellungsort wird der Kreuzgang des Kartäuserklosters bei Santa Maria degli Angeli nebst einem Gaspalast auf dem davon umschlossenen Raume dienen.

### Staats- und Volkswirtschaft.

(M.) **Zur Albert-Affäre.** Den neuesten Nachrichten aus London zufolge ist die Möglichkeit einer Rekonstruktion der englischen Lebensversicherungsgesellschaft „Albert“ nicht ausgeschlossen. Wenn wir auch zugeben, daß für die ältere Versicherung die Neugestaltung des Instituts unter soliden Prinzipien deshalb konvenable erscheint, weil der Uebertritt zu einer deutschen Gesellschaft durch vorgerücktes Lebensalter erschwert oder nur durch hohe Prämien sich bewerkstelligen läßt, so müssen wir dennoch — wir glauben hierin im Sinne der deutschen Presse zu sprechen — darauf hinweisen, daß nach den bisherigen Erfahrungen die norddeutschen Versicherungsinstitute dem Publikum die beste Sicherheit bieten, Sicherheit bezüglich der ersten Bedingung einer Assoziation, einer ordnungsmäßigen Verwaltung, welche wiederum strenge Wächter hüten: die öffentlichen Ämter. So traurige Nachrichten der Zusammenkunft der „Albert“ für diejenigen hinterlassen hat, welche Jahre lang mit mancherlei Opfern eine Summe Geldes der Gesellschaft gezahlt haben, hoffend, den Angehörigen eine möglichst günstige Zukunft zu gewähren, so bitter die Enttäuschung nun ist, — ein ein Vortheil aus dieser Zahlungseinstellung haben wir gezogen — die allerdings theuer erkaufte Lehre — von den Garantien der fremdländischen Versicherungsgesellschaften einerseits — der Kontrolle des Staates auf der anderen Seite. Unser Ministerium ist nur in der Lage, den Versicherern die diplomatische Unterstützung zu gewähren, welche aber hier keinen Erfolg haben kann, nachdem die Kautelen, zur Ueberrückung des Publikums, der „Albert“, gleich den anderen fremdländischen Assekuranzgesellschaften, zurückgegeben worden, nachdem der Generalvertreter der Gesellschaft in Preußen es vorgezogen hat, sein Amt niederzulegen und die in Berlin befindlichen Gelder und Werthpapiere noch in der zwölften Stunde nach London abzuführen. — Beziehungen der „Albert“ zu Preußen existiren faktisch nicht, das „heißt sich selbst“ tritt nunmehr an die deutschen Versicherer hart heran. — Ein Komitee in Berlin hat diese Angelegenheit in die Hand genommen, in Hamburg und Dresden haben gleichfalls Versammlungen stattgefunden, welche ihr Interesse dem Berliner Komitee anvertraut haben. In Posen haben die Betheiligten noch keinen Beschluß gefaßt, obwohl die schleunigste gemeinsame Aktion gerathen scheint! Die Kollisionsstelle der englischen Gesetz müssen die deutschen Versicherer nicht scheuen, soll es was erreicht werden! Wir müssen leider geringe Hoffnung auf einen nur einigermaßen günstigen Erfolg hegen, da die Verpflichtungen der „Albert“ ein labyrinth bilden, aus welchem herauszukommen lange Zeit gehören und diese nur neues Material über die schmachvolle Verwaltung dieses Instituts finden wird. Wir räumen gern ein, daß englische Institute sich meist einer soliden Verwaltung zu erfreuen haben — doch ist das Vertrauen zu englischen Assekuranzgesellschaften mit Recht erschüttert und die deutsche Presse hat keine Veranlassung, dem Versicherungsgewerbe bei englischen Instituten das Wort zu reden, welche durch das in England üblich gewordene Amalgamations-System die Versicherer nach Belieben von der einen zu der anderen Gesellschaft wandern läßt; im Falle der Liquidation haben die deutschen Interessenten das Zusehen! — Eine Reform des norddeutschen Versicherungswesens steht nahe bevor, wir werden diesem unsere besondere Aufmerksamkeit schenken und danach streben, daß die Prämienengelder in unserm Lande bleiben, welches eine hinreichende Anzahl auf's Beste verwalteter und gut fundirter Versicherungsgesellschaften besitzt.

**Hannover.** Der Verkauf unserer Staatsbahnen ist fast als fait accompli zu betrachten; Käufer ist ein durch die darmstädter Bank vertretenes Konfium.

**B. K. B. Nach § 15 der Telegraphenordnung** für die Korrespondenz auf den Linien des Telegraphenvereins hat der Aufgeber einer Depesche das Recht, dieselbe zu rekommandiren. In diesem Falle wird die Depesche von allen Stationen, welche bei der telegraphischen Beförderung, beziehungsweise Ausnahme mitwirken, vollständig kollationirt, und die Bestimmungstation sendet dem Aufgeber telegraphisch, unmittelbar nach der Bestellung an den Adressaten oder nach der Abgabe an die Weiterbeförderungsanstalt, eine Rückmeldung mit genauer Angabe der Zeit, zu welcher die Depesche dem Adressaten, beziehungsweise der Weiterbeförderungsanstalt zugestellt worden ist. Die Einföhrung der rekommandirten Depeschen hatte den Zweck, dem korrespondirenden Publikum ein Mittel zu bieten, die Wahrheitsähnlichkeit einer korrekten Uebermittlung seiner Depeschen an den Adressaten zu vermehren. Erfahrungsmäßig werden rekommandirte Depeschen jedoch nur in sehr geringer Zahl aufgegeben, namentlich weil die Tage für die Rekommandation gleich derjenigen für die eigentliche Depesche ist. Um nun dem korrespondirenden Publikum ein ferneres Hilfsmittel zu bieten, sich eine korrekte Uebermittlung seiner Depeschen zu sichern, hat das Bundeskanzleramt verfuhrsweise im internen Verkehr das Recht der Rekommandation dahin erweitert, daß der Aufgeber einer Depesche, welche nach einem Orte innerhalb des norddeutschen Telegraphengebietes gerichtet ist, die Vortheile der Rekommandation auf einzelne Theile seiner Depesche beschränken kann, ohne verpflichtet zu sein, gleich das Doppelte der Gesamtmittage zu bezahlen. Zu diesem Zwecke hat der Aufgeber diejenigen Worte, Zahlen, einzeln stehenden Buchstaben u., deren korrekte Uebermittlung er vorzugsweise für notwendig hält, zu unterstreichen. Jedes unterstrichene Wort wird bei der Ermittlung der Wortzahl doppelt gezählt und hiernach die Gebühren berechnet. Gelangt trotzdem ein solches unterstrichenes Wort entkelt in die Hände des Adressaten, so sollen auf Reklamation die gezahlten Gebühren zurückgezahlt werden.

\* **Branntweinsteuer-Vergütung.** In Folge der auf Grund eines Beschlusses des Bundesraths des Norddeutschen Bundes vom 3. v. M. ergangenen Bestimmung, nach welcher die längste Frist zur Verichtigung gestundeter Branntweinsteuer vom 1. September d. J. an bis auf Weiteres auf 6 Monate festgesetzt worden ist, wird die wegen der baaren Auszahlung der Ankerkennnisse über Branntweinsteuervergütung im § 8c. der Bekanntmachung vom 3. Juli 1867 erteilte Anordnung in Betreff derjenigen Ankerkennnisse aufgehoben, welche für die nach dem 31. v. M. erfolgten Ankerkennnisse aufgehoben werden ausgestellt werden. Wegen: ealifizirung der Branntweinausfuhr werden ausgestellt werden. Wegen: ealifizirung der lehtgedachten Ankerkennnisse wird dagegen Folgendes angeordnet: Der Inhaber eines Ankerkennnisses über Steuervergütung für Branntwein, welcher vom 1. September d. J. ab zur Ausfuhr gelangt, kann, wenn er von dem Ankerkennnis in der unter a. und b. des § 8 der Bekanntmachung vom 3. Juli 1867 angegebenen Weise als Zahlungsmittel keinen Gebrauch macht, den Betrag der anerkannten Steuervergütung bei demjenigen Hauptamt baar gezahlt erhalten, auf dessen Antrag das Ankerkennnis erteilt ist. Eine solche baare Zahlung wird aber nur für Branntwein geleistet, nach dessen Ausfuhr ein Zeitraum von mindestens sieben Monate ver-

flossen ist. Die betreffenden Ankerkennnisse werden eine Fassung erhalten, aus der der Anfangstermin für die Baarzahlung und die nähere Bezeichnung des auszuhaltenden Hauptamts ersichtlich wird. In der Zeit vom 1. November bis zum Schlusse d. J. kann die Baarzahlung der Steuervergütung nur noch für Branntwein erfolgen, welcher nach Ausweis des Ankerkennnisses bis Ende August d. J. ausgeführt worden ist. (Spen. 3.)

**Riel.** 12. Sept. Das Postdampfschiff „Germod“ traf heute erst 5 Uhr 50 Minuten früh aus Korkor hier ein. Die Passagiere und die Post haben mit dem Tage 7 Uhr 50 Minuten nach Altona Beförderung erhalten.

**London.** 10. Sept. Die zahlreichste Versammlung von Policeninhabern der Lebensversicherungsgesellschaft Albert ist gestern Abend in der London Tavern unter dem Vorfige von Lord William Hay zusammengekommen. Sie war überaus geduschkvoll und die Verwirrung steigerte sich manchenmal bis zu dem Grade, daß kein Wort von den Rednern zu hören war. Von den vielen vorgeschlagenen Resolutionen wurden drei angenommen. Die erste verwarf den Plan der Liquidatoren und setzte ein Komitee von Policeninhabern ein, welches im Vereine mit andern ähnlichen Ausschüssen über den Stand der Gesellschaft Untersuchungen anstellen und Bericht erstatten soll; die zweite ermächtigt das Komitee, Schritte zu thun, um zu erforschen, in wie weit die Aktionäre der mit der „Albert“ verschmolzenen Gesellschaften haubar gemacht werden könnten; die dritte beanspruchte für die Policeninhaber die Leitung der aus der ZahlungsEinstellung folgenden Geschäfte, indem die Direktoren das Vertrauen verlorren hätten.

\* **Die Börse in Konstantinopel** ist in Folge der Panik, die zwei falsche Nachrichten (der Tod des Kaisers Napoleon und ein bevorstehender Konflikt zwischen dem Sultan und dem Vizekönig von Egypten) hervorbrachten, längere Zeit geschlossen und erst dann wieder eröffnet worden, als es gelungen war, einen Vergleich zwischen Hauffers und Baiffers zu erzielen.

**Berlin.** 11. Sept. [Wolke.] Die bedeutend verstimmte Börse hat auf unser Geschäft nur wenig Einfluß gehabt. Wenn wir im Laufe dieser Woche auch keinen ansehnlichen Umsatz hatten, so sind doch immerhin ca. 1400 Ztr. diverse Wollen zu den bisherigen Preisen verkauft worden. Von Kammmollen wurden für Thüringen ca. 300 Ztr. ff. Hinterpommern und für Sachsen ca. 200 Ztr. do. zu ca. 50 Thlr. abgegeschlossen. Ferner kaufte der hiesige Kammer ca. 250 Ztr. Russen und die Leipziger Kammmagasinier eine Kleinigkeit russische gewaschene B Wollen mit Ketten. Für Rechnung eines Belgiers wurden ca. 200 Ztr. gute westpreussische Tuchwollen und von inländischen Fabrikanten wohl 5—600 Ztr. aus dem Markt genommen. Es sind jetzt wieder größere Zufuhren eingetroffen. (V. G. 3.)

\* **Neutompel.** 10. Sept. In den ersten Tagen dieses Monats hat in der hiesigen Gegend die Hopfenplücke begonnen. Hunderte fleißiger Hände rühren sich, das nach Qualität und Quantität befriedigende Produkt einzuernten. Selbst die Schulen der hiesigen Parochie haben, da auch die Kleinen nach allen Kräften einheimischen helfen, auf 14 Tage geschlossen werden müssen. Von den aus Oesterreich und Bayern hier ziemlich zahlreich eingetroffenen Kaufleuten sind bis jetzt, vermutlich noch erst wenige Waare trocken, nur geringe Posten gekauft und pro Zentner mit 32—36 Thlr. bezahlt worden.

— **n. Zischke.** 10. Sept. [Hopfen.] In diesen Tagen wurden hieselbst schon einige Ballen diesjährigen Hopfens zu dem Preise von 31 Thlr. pro Zentner verkauft. In den beiden letzten Jahren erzielten die ersten Verkäufer immer die höchsten Preise und es ist leicht möglich, daß dies Jahr, wenn sich erst das Resultat der Ernte wird besser übersehen lassen, auch wieder Rückschläge im Preise zu verzeichnen sein werden.

### Rinderpest.

**Insterburg.** 11. Sept. Seit zwölf Tagen herrscht wieder die Rinderpest in Polen; es ist eine militärische Grenzsperr in der Entfernung von drei Meilen gegen die polnische Grenze, im ortelsburger und neidenburger Kreise angeordnet.

### Bermischtes.

\* **Berlin.** 11. Septbr. Die beiden Choristinnen Emma Temmel und Marie Fride, welche vorgestern Abend im Viktoriathater sich erblich verbrannten, sind gestorben. Fr. Fride starb schon gestern früh. Fr. Temmel erlag heute früh ihren Leiden.

\* **Wegen der Humboldtfeier** werden in Berlin die Bureaux des Magistrats mit Ausnahme der Kasern am 14. d. geschlossen sein, in Breslau die dortigen Zeitungen an demselben Tage nicht erscheinen.

\* **Eisenbahn-Unfall.** Vorgestern Morgen in der neunten Stunde entgleiste ein aus circa 70 Waggons bestehender Güterzug auf der berliner Verbindungsbahn in der Invalidenstrasse — die Verbindungskette zwischen zweien der Wagen war gerissen. Menscheneben kamen nicht in Gefahr. Einige 30 Waggons liefen nach dem festeren Bahnhofe jurid.

\* **Dr. Strouberg** hat, der „B. u. G. Z.“ zufolge, in diesen Tagen das Ausstellungsgebäude in Wittenberg für 18,500 Thlr. gekauft. Welchen Zweck er mit dem Ankauf dieses Gebäudes verbindet, ist uns nicht bekannt.

\* **Stettin.** 11. Sept. Der Königsorso am Mittwoch hat leider noch ein sehr trauriges Nachspiel gehabt, dessen Opfer vorwiegend die ohnehin schon sehr benachtheiligten Passagiere des „Victor“ geworden sind. Als nämlich die Rückkehr des „Victor“ nach Stettin unmöglich erklärt war, wurden die Passagiere derselben von einer Bande Freveler aus reinem Uebermuthe in wahrhaft bestialischer Weise angegriffen. In der hierbei entstandenen Schlägerei von großartigen Dimensionen ist der Prediger aus Rinkenendorf ins Wasser geworfen, und wenn er sich wieder heraushefen wollte, widerholt auf die Finger geschlagen worden. Der Apotheker Sala aus Grünhof, welcher harmlos, nachdem er seine Frau per Omnibus nach Hause geschickt, bei Wellnig vor der Thür saß, bekam einen Schlag mit einem Knüttel, wodurch er eine zwei Zoll lange Wunde über den Schädel erhielt, eine zweite Wunde empfing er über dem rechten Auge und verlor daselbst es nur dem Umfange, daß er ruhig am Boden liegen blieb, daß er ohne schweren Schaden davongekommen. Die Haupttrübsalgeber bei diesem Tumult sind ein Fleischermeister und dessen Bruder aus Braundorf, ein Böttchergeselle und ein Fleischergele. Von den Tumultuanten ist ferner der Baun des Friedrich Hegelaffischen Grundstücks (dem zc. Wenker benachbart) abgerissen, und mit den Trümmern sind dem R. die Fenster eingeschlagen. Ebenso hat man dem Restaurateur Meyer, welcher das Großhische Grundstück für den Mittwoch gepachtet, viele Gläser zc. eingeschlagen.

\* **Leipzig.** 6. Sept. An der Spitze des „Demokr. Wochenblatts“ befindet sich folgende Anzeige: „500 Franken = 133 Thlr. 10 Ngr. sind mir heute von dem „deutsch-republikanischen Verein“ in Bärlich als Unterstützung für unser Parteiorgan, das „Demokr. Wochenblatt“, abermals übersandt worden, worüber ich hiermit öffentlich dankend quittire. Leipzig, 4. Sept. 1869. A. Bebel.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Basner in Posen.

### Terminkalender für Konkurse und Substationen

für die Zeit vom 15. bis einschließlich 21. September 1869.

#### A. Konkurse.

**I. Eröffnet und II. Beendet:** Keine.  
**III. Termine und Fristabläufe.** Am 15. Sept. Bei dem hiesigen Kreisgericht in dem Konk. des Sattlermeisters Wiczysslaw Giebocki, Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungsfrist.

Am 16. Sept. Bei dem Kreisgericht in Pleschen in dem Konk. des Buchhändlers Gustav Frige daselbst, desgl.

Am 17. Sept. Bei dem Kreisgericht in Pleschen in dem Konk. des Kaufmanns Abraham Mich ael so n daselbst, Ablauf der Anneldungsfrist für Forderungen.

Am 20. Sept. 1) Bei dem hiesigen Kreisgericht in dem Konk. des Sattlermeisters Wiczysslaw Giebocki, desgl. 2) Bei dem Kreisgericht in Breschen in dem Konk. über den Nachlaß des zu Berkow verstorbenen Rfm. Adolph Aronheim, Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungs-, sowie Anneldungsfrist für Forderungen.

Am 21. Sept. Bei demselben Gericht in dem Konk. des Kaufm. Herrmann Mendel daselbst, Ablauf der Anneldungsfrist für Forderungen.

### B. Substationen.

Der Termin steht an:	Des zu subhaftirenden Grundstücks		Grundsteuer-Beimertag.	Gebäude- und Ausg.-Werth.
	bei dem Gericht	Besitzer.	Page und Nr.	
am				
15.	Kosten	Watuszczak' Eheleute	Diecynn 5	17 20
	Ditrowo	Schmitz	Sulmierzycze 2	Tage 500
	Rogasen	Teufel' Eheleute	Niezajama-Gauland 2	2550
	Schroda	Czajka'	Wilhelmsdorf 1	3613
	Lobfens	Wielke'	Kol. Wirkenbruch 11	866
16	Posen	Stensjewski' Ehele.	Posen, West-Schroda 11	132
	Kempen	Wurk'	Schillberg 118	Tage 3560
	Weseritz	Królik'	Brandorf 121	700
	Ditrowo	Simon	Ditrowo 18/27	35 65
	Samter	Grzelinski' Ehele.	Tutowo 11	Tage 1340
	Schrimm	Luczaj	Maslowo 43	1053
	Hilehne	Degner	Breschin 20	5025
	Trzemezno	Böcker' Eheleute	Niestronno 7	2900
17	Braustadt	Cohn	Braustadt 91	120
	Gräß	Rufial	Proby (4 Nummern)	Tage 7770
	Weseritz	Raczmarek' Ehele.	Glozemo 9	115 20
	Bromberg	Jarodski' Konkursm.	Bromberg, Bergstr. 309	Tage 12740
	do.	do.	Bahnhofstr. 86	5275
	do.	do.	Deutsch-Kruschin 6	5370
	Gjarnikau	Rajewski	Gulcz 6	2760
	do.	Saboth	60	96 30
	Gnesen	Radowski	Krzyzeczmo 3	Tage 1500
	Inowracław	Stange	Olusno 17	3750
	do.	Barzyk' Eheleute	Inowracław 225	1004
	Lobfens	Golon'	Miasieczko 16	1130
18	Kempen	Rundbeller' Erben	Grabow 91	5870
	Inowracław	Dgorkowski' Ehele.	Barkowo 3	68 25
	Trzemezno	Frau v. Batrzewska	Borkowek Kosatowo	153 44
20	Birnbaum	Rand' Eheleute	Radegosz 41	60 25
	Gräß	Raczmarek'	Grodno 15	Tage 1670
	Kosten	Krl. Cohn	Schmitz 13	137
	Weseritz	Diehr' Eheleute	Przygodzki-Gauland 7	Tage 1748
	do.	Rosenthal'	Neutischkegel 39	2725
	Gnesen	Dr. Tyc' Erben	Gnesen 188/191	20 250
	Poln.-Krone	Stryzowski' Ehele.	Krompiemo 11	45 50
21	Birnbaum	Berger	Birnbaum 4	58
	Gräß	Schlieff' Eheleute	Konin 20	28 25
	do.	Neumann'	Glinau 80	28 25
	Kempen	Pietrzak'	Kuznica mgalsniowska 39	Tage 743
	do.	Bloch	Cacilienthal 10	600
	Bollstein	Bedede	Kreuz 28	1060
	Breschen	Kalunij' Eheleute	Kryzwagora 2	725
	Bromberg	Schöfel'	Al.-Bartelsfe 140/183	2000
	Inowracław	Szafrański'	Strzelno 11	3038
	do.	Meyer	Suchatowko 13	12 15
	do.	Szefcuga' Eheleute	Wielko 31	15 10
	Schneidemühl	Vator	Kaplsbdt 29	35 25
	do.	Sänger' Ehele.	Rzadowo 18	40 25

### Angelommene Fremde vom 13. Septbr.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Rittergutsbesitzer Pfand mit Familie aus Schlobow, Idier aus Lubowow, Eppner aus Lugowine, Dohle aus Böhmern, Baron v. Hafften, Frau Justizräthin Rittel und Tochter aus Wogrowicz, Major v. Bojan und Hauptmann Knorr aus Posen, die Leutenants Kugner und Ritter aus Breslau, v. Mirbach, v. Bomsdorf, v. Dallwig, Schliebig, Wiarda, v. Wedelsbdt und Kauffek aus Rogasen, Kramer und Kreisgerichtsadjunkt Gollzewski aus Pissa, Frau Eben mit Tochter und die Kaufleute Spinter, Bergs und Buch aus Berlin, Lishmann aus Koblenz, Hrich aus Kresfeld, Welzer aus Leipzig, Garbens aus Breslau, Jahn und Swed aus Stettin, Gieschach aus Hamburg, Homilus aus Dresden, Herrmann aus Kassel, Rosenheim aus Heibingsfeld, Ludemann aus Sendziewo.

**OEHMIGS HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Radonski aus Krzeslic, v. Lubinski aus Posen, v. Pradzynski aus Lucin, Krosniewski aus Poddroszewo, Niemirycz aus Lawiczyn, Frau v. Bialkowska mit Tochter aus Pierzan, Pothalter Kuhnau mit Familie aus Breschen, Fabrikant Radiger aus Breslau.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Rittergutsbesitzer v. Schlapowski aus Sosnica, v. Wukulowski aus Strylowo, Pore und Frau aus Polcho, Gutsbesitzer v. Wesserski aus Podrezy, Apotheker Krause aus Schmiegel, die Hauptleute v. Wüllenheim, v. Sydow, v. Johnson und v. Probst aus Rogasen, die Leutenants v. Schweinitzen aus Schrimm, Kitzczynski, Wellmer, v. Bedritz und v. Padewils, Privatier Krytkiewicz aus Breschen.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Rittergutsbesitzer v. Raczynski aus Piaszki, v. Schöck aus Posen, prakt. Arzt Dr. Mannasiewicz und Frau aus Breslau, die Bauunternehmer Kaufmänn und Frau aus Buz, Kaufmänn und Familie aus Neutompel, Assekuranz-Inspektor Lasswig aus Berlin, Hauptmann v. Dobschütz aus Breslau, die Leutenants v. Salis und Scholz aus Posen, die Kaufleute Daubig aus Schönlanke, Skerl aus Braunschweig, Stebel, Schlichte, Tobias, Ammermann und Goldheim aus Berlin, Hayn aus Mainz, Lewy aus Erfurt, Maunzer aus Solingen, Stritt aus Langfischen, Kretschmar aus Kofel, Finger aus Strassburg, Matentzin aus Düsseldorf, Bachmann aus Hamburg, Grubert aus Breslau, Wollradt aus Barmen.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Gutsbesitzer Walfalki aus Kratalau, v. Wielicki aus Gogdanin, Fr.-Leut. Scholz, Port.-Bähnrich v. Giggel und die Rentiers Schuster aus Posen und v. Sikorski aus Wielzyn, die Kaufleute Blau und Könnede aus Stettin, Schink aus Breslau, Glach aus Kofen, Berg und Boas aus Berlin, Drahtschneider Pfeiffer aus Wosowo, Fabrikant Schmidt aus Kornthal, Kreisrichter Haase aus Schrimm.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer v. Swieczki aus Gogzewo, Haak und v. Barobowski aus Rawiec, Frau Rentiere Gierstorf aus Linden (Hannover), Kreis-Sekretär Wollny aus Wollstein, Oberförster v. Warden aus Wrechen, Hauptmann Reinhardt aus Posen, die Kaufleute Sklarek aus Pissa, Meubius aus Wollstein, Sidowska aus Bromberg.

**SCHWARZER ADLER.** Die Bürger Szymanski und Skadawski aus Mogilno, Tyllman aus Kofel, Frau Blanquart aus Krotoschin, Frau Majewska aus Wogrowicz, Maurer- und Zimmermeister Lenz aus Wegierki, Gutsbesitzerin Danikiewiczowska aus Komorowo.

**BERNSTEIN'S HOTEL.** Die Kaufleute Jzrael aus Pinne, Ehrlich aus Berlin, Alexander aus Pleschen, Brauer Habut aus Gräß, Fr. Scholz aus Stenszewo.

**KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Guttmann aus Gräß, Grenfried und Solowowski aus Wrechen, Holbe und Wilde aus Weseritz, Schapis aus Petersburg, Krosch aus Ramiy, Wolff und Kladiak aus Kofen, Unger und Wendelsohn aus Schroda, Wittwoch aus Schrimm, Zwirn aus Rogasen, Agronom Wjanski aus Janno.

**SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Thierarzt Schicht aus Sagan, die Bürger Gijewski, Magante, Herberg und Klempnermeister Nagki aus Gräß, Kaufmann Berger aus Samter und Landwirth Rarguardt aus Strzegzyn.

Fernere Beiträge für die nothleidenden Juden in West-Rußland sind bei uns eingegangen: Von Frn. Moritz Löwenthal aus Schwerzen 1 Thlr., Jul. Jaffe 1 Thlr., Wolf Lipschitz 1 Thlr., Martin Lipschitz 15 Sgr., Markus Brasch 10 Sgr., Anonymus aus Gnesen 10 Thlr., M. R. 1 Thlr., Apotheker Pfuhl 1 Thlr., Wollstein 3 Thlr., Jul. Bork 1 Thlr., Samml. d. Rabbiner Caro bei der Borchardischen Hochzeitsfeier 8 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf., Abt. Babel 2 Thlr., Samml. aus Runkel: Kassel, Sam., 5 Thlr., Unbenannter 2 Thlr., Dr. Pulvermacher 1 Thlr. 15 Sgr., die jüdische Schule 1 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf., der jüdische Kranken-Verpflegungsberein 2 Thlr., Kelsch-Berein 3 Thlr., der jüdische Frauenverein 2 Thlr., Armen-Unterstützungsberein 3 Thlr., aus der Kultusklasse 1 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf., Leopold Spito, Louis Jakobowski, Raczewski auf Gzarnotki, M. Buch, S. Pulvermacher, Apoth. Tols, Post.



halter Beyer, Oberamtmann Laube auf Trzebylawski à 1 Thlr., S. Kolbner, Baruch Perl, Louis Delsner, Bürgermeister Weise, N. Spiro, Dr. Jaffe à 20 Sgr., P. Collat, Hirsch Kitz, Joseph Stoballa, Abr. Kay, Mannheim Schulz, Hirsch Bach, J. Kreismann, Wwe. Hirsch, Thomas Robinski, Anton Robinski, N. Busch, S. Stedel, Kniat, B. Mychajowski à 16 Sgr. und in kleineren Beträgen 15 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., zusammen 56 Thlr., W. Lewinsohn 20 Sgr., Hotelbesitzer Keller 3 Thlr., Prediger Hensel in Birnbaum 1 Thlr., Samml. von Nathan Noa in Moschin 11 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf., S. M. Nathan 1 Thlr., S. Babel 3 Thlr., ein Ungen. durch Lewin Kaplan 10 Thlr., Mich. Reich 1 Thlr., Kantor Schönfeld 15 Sgr., S. P. 5 Sgr., Rittergutsbesitzer Dr. Libelt, Brodowo 5 Sgr., Fr. Krafauer in Dobornit 1 Thlr., In Summa 128 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf., frühere Beiträge 1776 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf., auf 1904 Thlr. 23 Sgr. 3 Pf., wovon wir wiederum 100 Thlr., im Ganzen 1800 Thlr. und 9 Rubel an das Komitee zu Remel abgesandt haben.

**Das Unterstützungskomitee**  
**Heymann Marcus Salomon Löwinoohn. Dr.**  
**Werner. Robert Asch. Isidor Czapski.**  
**Siegfried Lichtenstein.**

## Hochelegante Petroleum-Lampen

aus in- und ausländischen Fabriken, künstlerisch und praktisch gearbeitet sind mittels neuer Sendungen wieder eingetroffen.

Posen, Friedrichstr. 33.

**H. Klug.**

Moderateur-Lampen werden je nach der Lampe mit billigen wie theuren Petroleumlampen versehen.

## In- und ausländische Lagerbiere

in 13 Sorten, pro 100 Fl. 3 1/3 bis 6 Thlr. exkl. Glas,  
 In beliebigen Gebinden pro Tonne 8 bis 13 1/3 Thlr.  
 Einfach und doppelt Gräter pro 100 Fl. 3 und 4  
 Thlr., pro Tonne 6 und 8 Thlr.

Den Korken meiner Flaschenbiere ist meine Firma eingebraunt. Alleinige Niederlage der bedeutendsten Brauereien.

**Friedr. Dieckmann.**

(Eingefandt.)

Keine Krankheit vermag der deliziosen Rovallesciere du Barry zu widerstehen und beilegt dieselbe ohne Medizin noch Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutausschlag, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Pap-

stes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Bréhan. Copie dieser Certificate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gefandt. — Nährhafter als Fleisch, erspart die Rovallesciere 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Rovallesciere Chocolatée 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chocolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, giebt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchsanweisung von 1/2 Pfd. 18 Sgr., 1 Pfd. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfd. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfd. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfd. 18 Thlr. verkauft. — Rovallesciere Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freyung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Hofmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P. A. Kraus, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

## Pferde-Verkauf.

Am Donnerstag den 16. Septem-  
 ber c., Vormittags 9 Uhr, werden auf dem  
 Kanonenplatz in Posen circa 13 überzählige  
 königliche Dienstpferde meistbietend und gegen  
 gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Königliches Kommando  
 der 3. Fuß-Abtheilung Niederschle-  
 sischen Feld-Artillerie-Regiments  
 Nr. 5.

## Bekanntmachung.

Am 17. September c., früh 8 Uhr,  
 sollen in Pleschen einige 40 ausgerangte  
 königliche Dienstpferde auf dem Reitplatz vor  
 der Reithahn gegen gleich baare Bezahlung  
 verkauft werden, wozu Kauflustige hierdurch  
 eingeladen werden.

C. D. Pissa, den 17. August 1869.  
 Kommando des Kurm. Dragoner-  
 Regiments Nr. 14.

## Bekanntmachung.

In dem Kontur über den Nachlaß des  
 verstorbenen Kontur-Kontrollors **Ferdinand**  
**Gohheim** aus Pleschen ist der einstweilige  
 Verwalter der Kontur-Masse, Rechtsanwalt  
**von Broctere** von hier zum definitiven  
 Verwalter der Kontur-Masse ernannt worden.

Pleschen, den 19. August 1869.  
 Königlich-Kreisgericht.  
 Erste Abtheilung.  
 Der Kommissar des Konturses.  
**Gaffert.**

## Bekanntmachung.

Auf der Baustelle am Anfange des Berdy-  
 chowor Damms kann Sand, Erde und Bau-  
 schutt abgeladen werden.

**Der Wasser-Bau-Inspektor.**  
**Schuster.**

Ein Darlehn von 2000 Thlr. wird gegen  
 guten Pfandsatz auf eine ganz sichere Hypothek  
 in Posen auf 1 bis 2 Jahre gesucht.  
 Nähere Auskunft hierüber giebt Herr  
**Posen.**

Auf ein kleineres Landgut wird zum 1. Ok-  
 tober d. J. zur Unterfützung der Hausfrau  
 ein Mädchen in festen Jahren, evangelisch,  
 gesucht. Erfahrung in Wirtschaft und Küche  
 ist Bedingung. Gehalt 30 Thlr. bei freier  
 Station. Offerten unter **M. M.** 100 poste  
 restante **Natwig.**

Unter sehr günstigen Bedingungen ist eine  
**Forderung von Thlr. 23** auf Herrn  
**J. Prager** in Schubin zu ver-  
 kaufen bei  
**H. Baer,**  
 Alten Markt 77.

Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art,  
 Weichfluß, Syphilis, Weichselzopf, auch ganz  
 veraltete Fälle, heilt bestimmt der homöopa-  
 thische Spezialarzt **Giersdorf**, Kostr.  
 46 IL, Berlin. Von 8—11 1/2 und 3—5 1/2  
 Uhr. Auch brieflich.



## Rambouillet-Voch-Auktion

findet auf dem Dom. **Charcio**  
 bei der Bahnhofstation **Wronke**  
 am 1. Oktober, Mittags 12  
 Uhr, statt. Es kommen 50 Voll-  
 blut-Böcke, 32 Dreiviertel-Voll-  
 blut- und 3 Halbblut-Böcke zum  
 Verkauf; außerdem noch 29 Voll-  
 blut-Negretti-Böcke, die jedoch aus  
 freier Hand verkauft werden. Wün-  
 schen Herren zu dieser Auktion vom  
 Bahnhof **Wronke** abgeholt zu wer-  
 den, so bitte ich mich in der Zeit  
 zu avertiren.

**von Sander.**



## Der Bodverkauf

aus meiner original-franzö-  
 sischen u. französisch-deutschen  
**Kammwoll-Merino-**  
**Heerde**

beginnt am 15. Oktober d. J.,  
 Vormittags 12 Uhr, zu festen Preisen von 6  
 Rbd'or. ab aufwärts. Abkammung der Heerden  
 im 4. und 5. Jahrgang des Stammbuchbuches  
 von Jante und Korte, ebenso im deutschen  
 Heerdbuch von Settegast und Kroder zu er-  
 sehen.

Zugrichtung: Vollreichtum mit edlem  
 Haar auf großem, mafftäbigem Körper.  
 Nächste Eisenbahnstation: Neu-Brandenburg  
 und Anklam, woselbst auf vorhergegangene  
 Anmeldung Fuhrwerk zur Disposition steht;  
 nächste Poststation Klempenow und Hohen-  
 moder.

**Gnebfow** per Post **Hohenmoder**,  
 Kreis **Demmin**, im September 1869.

**Bodinus,**

Königl. Oberamtmann.

**Petroleum-Cylinder**

à Duzend 8 Sgr.

**Gas-Cylinder**

à Duzend 12 1/2 Sgr.

empfehlen die Lampenfabrik

**M. Bendix, Wasserstraße.**

Ich empfehle unter Garantie:  
 Bündnadel- und Lefauchaux-  
 Jagdgewehre (letzte zu auf-  
 fallend ermäßigten Preisen).  
 Schrot- und Angelteshins, Re-  
 volver, Salon- und Scheiben-  
 Pistolen, Terzerole u. d. m. Ferner:  
 Jagdtaschen, Pulverhörner,  
 Schrotbeutel, Trinkflaschen,  
 Jagdstühle, Bündhütchen und  
 Patronen aller Art zu billigsten  
 Preisen

**August Klug,**

Breslauerstraße 3.

## Für die Herbst- und Wintersaison

habe ich sämtliche **Nouveautés** in französischen und  
 englischen Herren-Garderobe-Artikeln empfangen und em-  
 pfehle dieselben in reichhaltiger Auswahl

**M. Graupé, March. tailleur,**

Wilhelmsplatz 17.



In besonders  
 großer  
 Auswahl

sind elegante und solid ge-  
 arbeitete Herren-Stiefeln,  
 Damen- und Kinderschuhe  
 in dem ersten Wiener Bazar  
 von

**S. Tucholski.**

Wilhelmsstraße 10.

Auswärtige Aufträge und  
 Reparaturen werden pünkt-  
 lichst besorgt.

## Die Nouveautés

der bevorstehenden Saison in:  
 Seidenwaaren, Châles,  
 Kleiderstoffen aller Art,  
 Herbst- u. Winter-Mänteln,  
 Pelzbezügen, Jacquets,  
 Jacken, Blousen, Baschliks,  
 fertigen Röben, Jupons,  
 sowie in allen zur Modewaa-  
 ren-Branche gehörenden Arti-  
 keln befinden sich am Lager.  
 Posen, Markt Nr. 63.

**Robert Schmidt**

(vorm. Anton Schmidt).

Guter Mahagoni-Füßel preiswürdig  
 zu verk. St. Martin 75, 2 Et. r

## Technicum Mittweida

bei Chemnitz, Königreich Sachsen, — Director Ing. C. Weitzel,  
 technische Lehranstalt für Maschinenbau,  
 mit eigenen Werkstätten und einer Handelsschule.  
 Lehrcourse: 1/2-jährig, ein und zwei Jahre. — Anfang des Wintersemesters: Den  
 15. Oktober c. Prospekte werden prompt franco übersandt.

## Vom 1. Oktober ab

eröffne ich wieder einen Kursus in der  
 musikalischen Kompositionslehre; Anmel-  
 dungen hierzu nehme ich täglich in mei-  
 ner Wohnung von 1—2 Uhr Nachmit-  
 tags entgegen.

**E. Fritzsche,** Musiklehrer,  
 Wahlstraße Nr. 16.

NB. Durch obigen Kursus tritt in mei-  
 nem Unterricht im Pianoforte-  
 spiel kein Hinderniß in den Weg und  
 nehme ich nach wie vor neue Schüler an.

1500—2000 Tonnen Stückkohlen  
 sind im Laufe der nächsten 4 Monate vom  
 Bahnhofe Posen ab bis zur Ablage in Gne-  
 sen zu verfrachten. Als Rückfracht nach Posen  
 dürfte sich stets Getreide finden. Frachunter-  
 nehmer wollen ihre Bedingungen bei dem Un-  
 terzeichneten abgeben.

**Albert Schlarbaum,**  
 in Gnesen.

Seit dem 1. September d. Jahres haben wir das Kohlengeschäft, Mül-  
 lenstraße Nr. 21, von Herrn **T. Bischoff**, übernommen und empfehlen  
 beste ober-schlesische Steinkohlen, in ganzen, halben und viertel  
 Wagenladungen, von 30, 15 und 7 1/2 Tonnen Grubenmaaß, für 36, 18 und  
 9 Thlr. direkt vom Bahnhofe frei vors Haus, sowie tonnen- und scheffel-  
 weise zu 1 Thlr. 8 Sgr. und 9 1/2 Sgr., bei prompter Bedienung zur gütigen  
 Beachtung.

Bestellungen werden auf dem Plage entgegen genommen.

**Busse & Hiebel.**

Neu erfundene, patentierte, transportable

## Röhrenbrunnen

der Wiener Aktiengesellschaft **Systeme Norton-Schulhof**.  
 Mit dieser neuen Erfindung kann man einen Brunnen fertig zum Gebrauche  
 in der kurzen Zeit von nur einer Stunde herstellen, so daß alle die bisher gebräuch-  
 lichen kostspieligen und gefährlichen Arbeiten des Bohrens oder Grabens eines Brun-  
 nens wegfallen.

Ein Röhrenbrunnen mit Pumpe, komplet von 70 Thälern bis 100 Thaler.

Dieselben, indessen nur in weicher Erde verwendbar, 25 Thaler.

Ein Schlagwerk, komplet mit allem Werkzeug, von 60 Thälern bis 100 Thaler.

Ausführliche, gedruckte Beschreibungen werden gratis beigegeben. Bestellungen und

Anfragen beliebe man franko zu richten an das General-Depot von **Weber &**

**Schultheis** in Frankfurt a. M.

Solide, kautionsfähige Agenten werden angenommen.

## Breit-Dresch-Maschinen

(52" Cylinderbreite) für Röhwerk-Betrieb, welche sich durch solide Konstruktion,  
 leichten Gang und große Leistungsfähigkeit auszeichnen, auch leicht transportabel  
 sind, empfiehlt die Maschinenfabrik von

**J. Kemna, Breslau, Kleinburgerstraße 26.**

Preise loco Breslau: 1 Dreschmaschine 160 Thlr., 1 Röhwerk 160 Thlr.,

beide Maschinen fahrbar 350 Thlr.

Leistung pro Tag: 150—200 Scheffel Wintergetreide, oder 250—300 Scheffel

Sommergetreide.

Zeugnisse über früher verkaufte Maschinen werden auf Wunsch franco

eingesandt.

In der Provinz Posen kauften diese Maschinen in der ersten Hälfte

des Monats August: Herr v. Zaborowski auf Wyganow, Herr Salomon

Sternberg in Pleschen, Herr E. Rahn auf Roskow, Herr v. Hoven auf Mittel-

Röhsdorf und Herr v. Heydenbrandt auf Tschunlawe.







